



Die politische Geschichte der Ukraine: eine lange, aber unentbehrliche Einleitung

Michael Dobbins

Zusammenfassung

Das einleitende Kapitel versteht sich als Plädoyer für die (politik-)wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ukraine. Es wird systematisch dargelegt, was die Ukraine als Staat, Gesellschaft und europäisches Nachbarland ausmacht und welche besonderen Herausforderungen das Land bewältigen muss. Das Kapitel bietet zudem einen Überblick über die wichtigsten Stationen der ukrainischen Geschichte, welche bis heute noch das kollektive Bewusstsein der UkrainerInnen prägen.

1 Einleitung

Als größter europäischer Flächenstaat mit einer äußersten komplexen, bewegten und über Jahrzehnte hinweg leidvollen Geschichte ist die demokratische Zukunft der Ukraine mit dem europäischen Integrationsprojekt sowie mit Frieden und

Die Originalversion dieses Kapitels wurde ursprünglich ohne Open Access veröffentlicht.
Ein Erratum ist verfügbar unter
https://doi.org/10.1007/978-3-658-47476-8_15

M. Dobbins (✉)
Universität Konstanz, Konstanz, Deutschland
E-Mail: Michael.Dobbins@uni-konstanz.de

© Der/die Autor(en) 2025, korrigierte Publikation 2025
M. Dobbins (Hrsg.), *Das politische System der Ukraine*, Ukraine erklären,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-47476-8_1

1

Sicherheit auf dem europäischen Kontinent untrennbar verbunden.¹ Dennoch spielt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ukraine in der deutschsprachigen Politikwissenschaft abseits der Osteuropastudien nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Die akademische und öffentliche Aufmerksamkeit galt bisher primär der unglücklichen geopolitischen Lage der Ukraine als historischer Spielball der Großmächte (siehe z. B. Meister 2010; Dragneva-Levers und Wolczuk 2015). Statt als vollwertiger kultureller und politischer Akteur behandelt zu werden, stand die Ukraine häufig im Schatten der russischen Politik und Russistik oder wurde mit anderen postkommunistischen Staaten „in einen Topf“ geworfen, ohne dass ihre Besonderheiten gebührend beleuchtet wurden.

Mit diesem Buch möchten wir dies ein Stück weit ändern, indem wir das „Innenleben“ der Ukraine stärker unter die Lupe zu nehmen. Denn die Ukraine ist viel, viel mehr als ein Schlachtfeld geopolitischer Ambitionen. Sie ist eine europäische Kulturnation mit einer mitreißenden und herzergreifenden Vergangenheit – und Gegenwart –, die trotz unzähliger tragischer Episoden von einem bewundernswerten Überlebens- und Demokratisierungswillen und einzigartigen politischen Dynamiken geprägt ist. Vor diesem Hintergrund ist dieser Sammelband nicht nur der bloße Versuch, eine Forschungslücke mit nüchternem und objektivem Wissen zu füllen, sondern auch ein Werk, welches von einer ganzen Reihe von Emotionen vorangetrieben wurde: Faszination und Wissensdurst, Trauer und Empörung, aber auch Hoffnung und Zuversicht. Bevor wir also in das spannende politische Innenleben der Ukraine im 21. Jahrhundert eintauchen, möchte ich die persönlichen und wissenschaftlichen Motivationen dieses Buches anhand einer „Rundreise“ durch die alte und neue Geschichte der Ukraine näher erläutern.

2 Faszination und Wissensdurst für die Ukraine

Alle postkommunistischen Staaten Osteuropas sind mit enormen Herausforderungen konfrontiert, die die politischen und wirtschaftlichen Probleme westlicher Demokratien klein wirken lassen. Die gleichzeitige politisch-institutionelle Transformation von einem Ein-Parteien-Staat zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem sowie die wirtschaftliche Transformation vom Kommunismus zur Marktwirtschaft stellen eine enorme und historisch beispiellose Belastungsprobe für diese Staaten dar (Offe 1994). Diese parallel verlaufenden Prozesse wurden in der Ukraine dadurch erschwert, dass das Land keine lange Tradition von Eigenstaatlichkeit hatte und vor

¹Zwecks besserer Lesbarkeit (auch im Hinblick auf die vielen transliterierten ukrainischen Begriffe) verwende ich die männliche Variante der personenbezogenen Substantivformen. Selbstverständlich sind alle Menschen damit gemeint. Diese Open-Access-Publikation wurde durch den Publikationsfonds der Universität Konstanz gefördert.

der Problematik stand, eine kohäsive nationale Identität vor dem Hintergrund ihrer frappierenden ethnischen Heterogenität bilden zu müssen. Mit anderen Worten traf Offes „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (1994) die Ukraine mit voller Wucht, denn die Phase der politischen Demokratisierung lief parallel zum Prozess der Wirtschaftsliberalisierung und dem Aufbau eines neuen Nationalstaates. Dabei bestand die reale – und in der Ukraine tatsächlich eingetretene – Gefahr, dass sich diese drei gleichzeitig verlaufenden Prozesse gegenseitig obstruieren könnten (siehe Richter und Dobbins/Labanino in diesem Band; siehe auch Kuzio 2001).

2.1 Eine faszinierende wirtschaftliche Transformation

Insbesondere die **wirtschaftliche Transformation** der Ukraine bietet eine spannende Kulisse für Beobachter. Nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschaftssystems mussten kritische Entscheidungen getroffen werden, um die Überlebensfähigkeit des Landes zu sichern. Sollen sämtliche Staatsunternehmen privatisiert werden? Sollen kritisch wichtige Industrien subventioniert werden? In welchen Sektoren und in welchen Zeiträumen sollen Monopolstrukturen abgebaut werden? Wie soll eine Klasse von verantwortungsvoll handelnden Unternehmern herausgebildet werden? Sollen auch Energie- und Lebensmittelpreise liberalisiert werden? Dabei gab es in dieser Phase enormer Unsicherheit kaum Vorbilder, die man imitieren konnte und in Anbetracht akuter Versorgungsprobleme keine Zeit für die „Versuchs-und-Irrtumsmethode“ (siehe Åslund 2013).

Darüber hinaus standen die Transformationsstaaten vor der Herausforderung, ein funktionierendes Bankensystem aufzubauen, eine neue Währung einzuführen, die Integration in globale Märkte voranzutreiben und eine neue Investitionskultur zu fördern. Diese Prozesse geschahen ohne historische Blaupausen und wurden nicht von erfahrenen und demokratisch sozialisierten Technokraten, sondern von rational handelnden und vom Kommunismus geprägten Akteuren gestaltet, die häufiger viel mehr an Selbstbereicherung als an der Sicherung eines Mindestmaßes an wirtschaftlichem Wohlstand für breitere Teile der Bevölkerung interessiert waren. Ganz nach dem Motto „von der Planwirtschaft zur Clan-Wirtschaft“ (siehe Durkot 2003) bemühten sich einflussreiche ukrainische politische und wirtschaftliche Akteure (v. a. Betriebsdirektoren, alte Regimekadern, sog. „rote Direktoren“, ukr. *червоні директори*) in manchen Wirtschaftssektoren einen „halbreformierten“ Zustand einzufrieren, indem sie Monopole und Preiskontrollen aufrechterhielten (Hellman 1998). Dabei entstand eine mächtige Klasse von Oligarchen, die vor allem im Außenhandel, Finanzsektor, in der Schwerindustrie und durch Spekulativgeschäfte mit staatlichen Krediten massive finanzielle Ressourcen anhäufen konnten, mit denen sie wiederum enormen politischen Einfluss ausüben

konnten (siehe Pleines 2010). Auch nach der Orangen Revolution (2004) befand sich die ukrainische Politik nach wie vor im Würgegriff konkurrierender Oligarchengruppen (Stykwow 2014), die politische Prozesse zugunsten ihrer eigenen Wirtschaftsinteressen manipulierten.

2.2 Eine faszinierende politische Transformation

Die Neugründung eines unabhängigen Staatswesens brachte ebenso gewaltige politische Herausforderungen mit sich. Eine erfolgreiche postkommunistische **politische Transformation** erfordert nicht nur den Aufbau eines effektiv funktionierenden Parlamentes und einer handlungsfähigen Exekutive, sondern auch einen neutral agierenden Justizapparat und eine effiziente öffentliche Verwaltung. Welche politischen Kompetenzen sollen dem Staatspräsidenten zugesprochen werden? Wie soll das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative gestaltet werden? Wie kann man verhindern, dass ein System gegenseitiger institutioneller Kontrolle zu dauerhaften politischen Blockaden führt – vor allem vor dem Hintergrund des massiven Reformbedarfs in jedem einzelnen Politikfeld (z. B. Bildung, Gesundheit, Umwelt, usw.)? Wie die Genese und Reform der erst 1996 eingeführten ukrainischen Verfassung zeigt (siehe Ott 2000; Burkhardt/Mashtaler in diesem Band), tut sich die Ukraine sehr schwer mit der Herstellung eines institutionellen Gleichgewichts, welches sowohl die Regierbarkeit des Landes als auch die funktionierende gegenseitige Kontrolle zwischen Exekutive, Legislative und Judikative gewährleistet (Sedelius und Mashtaler 2013; Sedelius et al. 2024).

Ferner stellt sich die Frage wie mit hochrangigen Vertretern des alten Regimes umgegangen werden soll. Sollten diese gänzlich aus politischen Ämtern ausgeschlossen werden (siehe Lezina und Ammer 2016)? Von wem und nach welchen Verfahren sollen Richter ernannt werden? Welche Möglichkeiten hat die Judikative, die Handlungen der Legislative und Exekutive zu kontrollieren (siehe Nekoliak in diesem Band)? Und wie kann verhindert werden, dass die Zuteilung von Staatsaufträgen oder lukrativen Verwaltungsposten nach meritokratischen Prinzipien – und nicht etwa nach vetternwirtschaftlichen Mustern – geschieht?

Hinzu kommt der Aufbau eines funktionierenden Wahlsystems. Sollte der Erreichung von stabilen politischen Mehrheiten durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts Vorrang gegeben werden? Oder wird die Heterogenität der Wählerschaft durch das Verhältniswahlrecht besser widerspiegelt? Mit welchen Wahlverfahren können korrupte Politiker zur Rechenschaft gezogen werden? Gerade bei diesen Fragen hatte die unabhängige Ukraine enorme Schwierigkeiten und passte

bei nahezu jeder Wahl die Wahlregeln an (siehe Kortukov 2019), was ein Stück weit zur Delegitimierung des politischen Systems führte (siehe Herron/Pelchar in diesem Band).

Gleichzeitig mussten neue Formen und Strukturen politischer Repräsentation gestaltet werden. Welche Hürden sollen der Neugründung von Parteien gesetzt werden? Sind neue politische Parteien ohne demokratische Erfahrung überhaupt in der Lage, eine inhaltliche Programmatik zu entwickeln und konstruktiv mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten (siehe Rybiy 2013; Fedorenko et al. 2016)? Ist ein stabiles und damit evtl. festgefahrenes Parteiensystem im Hinblick auf die sich rasant verändernden sozialen und wirtschaftlichen Dynamiken überhaupt wünschenswert? Oder ist ein volatiles, d. h. weniger berechenbares, aber dafür dynamischeres Parteiensystem dafür besser geeignet, sich neu entwickelnde und fluide politische, aber auch ethnische und regionale Identitäten zu repräsentieren (siehe Dollbaum in diesem Band)?

Doch nicht nur Parteien bilden die Interessen, Präferenzen und Forderungen der Wähler ab, sondern auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Zu kommunistischen Zeiten haben die Staatspartei und Staatsorgane die Zivilgesellschaft praktisch unterbunden und sie zugleich durch selbst geschaffene Organisationen kontrolliert. Die Demokratisierung hat jedoch die Verbindungen zwischen der organisierten Zivilgesellschaft und dem Staat derart verändert, dass beispiellose neue Möglichkeiten für die Gründung und Entwicklung von Interessenorganisationen existieren. Im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Mobilisierung bietet die Ukraine vor diesem Hintergrund eine faszinierende Kulisse für die Politikwissenschaft. Schließlich musste das Land innerhalb von wenigen Jahren politische Institutionen, Repräsentationskanäle und Verwaltungsstrukturen aufbauen, welche in westlichen Ländern das Ergebnis von jahrzehnt- oder sogar jahrhundertlangen Reifungsprozessen sind. Auch wenn das Thema zivilgesellschaftliche Mobilisierung in der Ukraine immer noch ein großes Forschungspotenzial bietet, haben zahlreiche Autoren (z. B. Кузнецова 2015; Zarembo und Martin 2023; Worschech 2017, 2022) eindrücklich gezeigt, dass die ukrainische Zivilgesellschaft wohl eine Ausnahme im postsowjetischen Raum im Hinblick auf ihre Resilienz, Anpassungsfähigkeit und ihren politischen Einfluss darstellt.

2.3 Die faszinierende Wiederherstellung eines Nationalstaates

Die parallel verlaufenden wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozesse bieten mehr als genug Potenzial für die Überforderung eines jeden Staa-

tes. Doch im Gegensatz zu anderen postkommunistischen Staaten wie z. B. Polen oder Ungarn, die trotz Grenzverschiebungen und dem leidvollen Verlust von Territorien auf eine viel längere Tradition von Staatlichkeit zurückblicken können, wird die neu unabhängige Ukraine von einer zusätzlichen Mammutaufgabe, nämlich dem **Aufbau eines Nationalstaates**, herausgefordert (Kuzio 2002). Zwar bieten die Kiewer Rus (882–1240), das kosakische Hetmanat (1648–1764, auch *Hetmanshchyna*, ukr. *Гетьманщина*; oder offiziell *Viisko Zaporizke*, ukr. *Військо Запорозьке*) und die kurze Phase von Eigenstaatlichkeit (1919–1922) vor der gewaltsamen Einverleibung der Ukraine in die Sowjetunion eine wichtige erinnerungspolitische Grundlage für die Wiederherstellung des ukrainischen Nationalstaates (siehe unten). Dennoch ging die formale Loslösung von der Sowjetunion (1991) de facto mit der Wiederherstellung einer Nation einher (Yekelchuk 2007), welche von einer verblüffenden kulturellen und ethnischen Komplexität geprägt ist.

Die Ukraine kann tatsächlich als extremes Beispiel territorialer und regionaler Vielfalt gelten. Historisch gehörten die Regionen der heutigen Ukraine zu ca. 14 anderen Staaten bzw. quasi-staatlichen Konstrukten (BPB 2015). Die Diversität historischer Erfahrungen, die unterschiedlichen erinnerungspolitischen Bezugspunkte sowie die vielen ethnischen und/oder sprachlichen Minderheiten – Rumänen, Ungarn, Russen, Polen, Tataren, Juden, Griechen, um nur einige zu nennen – tragen zwar maßgeblich zum kulturellen Reichtum der Ukraine bei. Doch die nahezu beispiellose ethnische, kulturelle und sprachliche Heterogenität stellt den zerbrechlichen Staat zweifelsohne vor weitere Belastungsproben. Wie kann man die – unter russischer Herrschaft verbotene und in der Sowjetunion vom Russischen zurückgedrängte – ukrainische Sprache in Medien, Bildung und Verwaltung aufwerten, ohne die aus vielen Ethnien bestehende russischsprechende Bevölkerung der Ukraine zu brüskieren? Sollten Kenntnisse der ukrainischen Sprache mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft verknüpft werden (zur sprachlichen Entwicklung siehe Bilaniuk 2023)? Wie soll mit weniger ruhmreichen Phasen der nationalen Geschichte (z. B. die gewaltsamen Repressalien gegen ethnische Polen im Zweiten Weltkrieg) und mit umstrittenen Figuren (z. B. Stepan Bandera) umgegangen werden (siehe unten)?

Neben den kolossalen wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Herausforderungen steht seit 1991 eine weitere ebenso entscheidende Frage auf der politischen Tagesordnung: Welche administrative und territoriale Ordnung kann am effektivsten der ethnischen und kulturellen Diversität des Landes gerecht werden, ohne den Zusammenhalt des Gesamtstaates zu gefährden (siehe Dobbins in diesem

Band)? Von Beobachtern wird die Ukraine häufig in zwei historische Regionen geteilt – eine mit westlicher Orientierung, welche lange unter polnisch-litauischer und österreich-ungarischer Herrschaft stand, und eine mit östlicher Orientierung, welche über viele Jahrzehnte hinweg durch russische Dominanz geprägt wurde. Diese vereinfachte Zweiteilung spiegelte sich zumindest grob betrachtet in den sozioökonomischen Unterschieden zwischen beiden Regionen und der sprachlichen Situation wider (z. B. Riabchuk 2003). Die westliche und zentrale Ukraine galt als eher landwirtschaftlich geprägt, während sich der Osten zu einer wichtigen Industriebastion und Kaderschmiede für die sowjetische Nomenklatura etablierte (Sasse 2001).

Diese vereinfachte Reduzierung der Ukraine auf zwei historische Regionen vernachlässigt jedoch die Tatsache, dass die ukrainische Bevölkerung stark fluide Identitäten mit unterschiedlichen kulturellen Bezugspunkten (Sprache, Kultur, Wohnort, Religion, ethnische Herkunft, usw.) aufweist (Kulyk 2016). Die Heterogenität ukrainischer Identitäten und Subidentitäten – verbunden mit der häufigen Entkopplung von sprachlicher, ethnischer und nationaler Identität nicht zuletzt infolge von Deportationen und der gezielten Entwurzelung durch stalinistischen Terror – hat inzwischen solche komplexen Ausmaße angenommen, dass sich ein ganzer Forschungsstrang ukrainischen Identitätsfragen widmet (Onuch und Hale 2018; Onuch et al. 2018; Kulyk 2016, 2018; Shevel 2018).

Die Suche nach einem tragfähigen Gleichgewicht zwischen nationaler Einheit und regionaler Diversität wurde immer wieder dadurch erschwert, dass einflussreiche politische und wirtschaftliche Akteure nicht immer im Interesse des Gesamtstaates agierten. Immer wieder traten Elitengruppen hervor, die entweder den Antagonismus zwischen einer ethnisch-ukrainischen, generell westlich orientierten und einer imperial-russisch orientierten ostslawischen Identität aus politischem Kapital instrumentalisierten oder nur die wirtschaftlichen Interessen ihrer eigenen Region im Auge hatten (Stykwow 2014). Auf der Krim und im Donbas wurde die territoriale Integrität der Ukraine besonders vehement in Frage gestellt (Zofka 2014), aber auch in Transkarpatien (ukr. *Zakarpattia/Zakarpattya*) wurden unter dem Einfluss der ungarischen Regierung Forderungen nach Selbstbestimmung immer wieder laut (Friesen 2015). Dieser schwierige interne Balanceakt zwischen nationaler Einheit und regionaler Autonomie, der seit 1991 die ukrainische Politik begleitet, wird dadurch erschwert, dass die Russische Föderation spätestens seit den früheren 2000ern separatistische Konflikte mit politischen, rhetorischen und seit 2014 auch mit militärischen Mitteln anheizt.

3 Trauer und Empörung über das historische und aktuelle Schicksal der Ukraine

Im Unterschied zu anderen Staaten, die ebenso das ominöse „Dilemma der gleichzeitigen Transformation“ (Offe 1994; Kuzio 2002) bewältigen müssen, kommt spätestens seit 2014 die Realität eines grausamen Vernichtungskriegs vonseiten eines revanchistischen, imperialistischen Aggressors hinzu. Mit der gezielten Bombardierung von Wohnblöcken, Schulen, Krankenhäusern, Kirchen und kritischer Infrastruktur, der Deportierung von Kindern und zahllosen Gräueltaten an der Zivilbevölkerung und am Militär bringt das faschistische Russland (Snyder 2022) unermessliches menschliches Leid über das ukrainische Volk. Betrachtet man doch den derzeitigen Terror gegen die Ukraine aus der Perspektive der Geschichts- und Politikwissenschaften, bringt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zwei weitere ganz besondere Tragödien mit sich, die in den westlichen Medien bisher nur wenig Beachtung fanden.

3.1 Eine beispiellose historische Tragödie

Aus historischer Perspektive ist es unerlässlich, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass dem gegenwärtigen Staatsterrorismus gegen die Ukraine eine lange Geschichte kultureller und politischer Unterdrückung vorausging – und zwar phasenweise mit dem direkten Ziel, die ukrainische Nation zu zerstören (Davies 2022a). Mit anderen Worten handelt es sich beim gegenwärtigen Krieg um die Fortsetzung einer historischen Tragödie enormen Ausmaßes mitten in Europa. Zwar kann an dieser Stelle nicht jede Station der langen und komplexen Geschichte der Ukraine „besucht“ werden.² Dennoch ist es wichtig für das Verständnis der politischen Gegenwart, zumindest die historisch folgenreichsten Weggabelungen der ukrainischen Geschichte kurz anzureißen.

3.1.1 Die Ursprünge der ukrainischen Nation

Die Entstehung der Ukraine als Nation kann auf das 9. Jahrhundert zurückgeführt werden, als ostslawische Stämme und skandinavische Siedler die Kiewer Rus

²Folgende Werke bieten hervorragende Überblicke über die ukrainische Geschichte: Andreas Kappeler (2022) *Ungleiche Brüder: Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart* und (2024) *Kleine Geschichte der Ukraine*; Timothy Snyder (2011) *Bloodlands: Europe between Hitler and Stalin*. Franziska Davies (2023) *Die Ukraine in Europa. Traum und Trauma einer Nation*. Serhii Plokyh (2022) *Das Tor Europas*.

(siehe Kappeler 2019) als eher loses Reich entlang der Handelswege zwischen Nowgorod und Konstantinopel errichteten und das Christentum annahmen. Zu dieser Zeit wurde der Süden der heutigen Ukraine eher von nomadischen Völkern beherrscht. Konflikte zwischen den verschiedenen Fürstentümern der Kiewer Rus und der militärische Druck von mongolischen Nomaden führten zu deren schleichendem Niedergang ab dem 12. Jahrhundert. In der Region um Kyïv dehnten die Rus-Fürstentümer Halitsch (auch Galizien, ukr. *Халыцька/Галичина*) und Wolhynien (ukr. *Волинь – Volyn*) ihre Herrschaft aus. Im Norden entwickelte sich rasant das Rus-Fürstentum Susdal, aus dem die russländische Nation hervorging. Im Machtkampf zwischen Fürsten vom Fürstentum Wladimir (1169) und später von mongolischen Plünderern verlor Kyïv an Einfluss und wurde 1240 von den Mongolen verwüstet.

Als Nachfolgestaat der Kiewer Rus entstand auf einem Teil des Gebiets der heutigen Ukraine das Fürstentum Galizien-Wolhynien, während größere Teile der heutigen südlichen Ukraine (v. a. die Region Odesa) von der Republik Genua kolonisiert wurden. Im 14. Jahrhundert führten Polen und Litauen Kriege gegen die mongolischen Invasoren, und schließlich fiel der größte Teil der heutigen Ukraine an das Königreich Polen und das Großfürstentum Litauen. Dennoch setzte sich das ukrainische kulturelle und religiöse Leben unter litauischer bzw. polnischer Kontrolle fort. Ruthenisch – eine in der Kiewer Rus entstandene frühe ostslawische Sprache, die als Vorläufer der modernen ukrainischen Sprache gelten kann – wurde trotz dem zunehmenden Einfluss des Litauischen und Polnischen weiterhin mündlich und schriftlich verwendet (siehe Moser 2005).

3.1.2 Der Aufstieg und Niedergang der Kosaken

Insbesondere nach der Gründung der Polnisch-Litauischen Union (1569) waren die Nachfolger der Kiewer Rus immer mehr Repressalien ausgesetzt. Während die ukrainische Adelschicht polonisiert wurde und zum Katholizismus konvertierte, blieb ein Großteil der ruthenisch sprechenden Bauern der orthodoxen Ostkirche treu, was zu erheblichen sozialen Spannungen führte (siehe Kamusella 2018). Ostslawen bzw. Ruthenen, die sich der Leibeigenschaft widersetzen, schlossen sich mit freien Reiterverbänden – sogenannten Kosaken – zusammen und beharrten vehement auf Selbstverwaltungsrechten. Im 16. Jahrhundert kam es immer häufiger zu Aufständen gegen die polnische Herrschaft. Parallel dazu wurde im 16. Jahrhundert das Krym-Khanat gegründet, das als Vasallenstaat des Osmanischen Reichs die heutige Schwarzmeerküste und die südlichen Steppen der Ukraine kontrollierte.

Obwohl zahlreiche kosakische Einheiten auf der Seite der Polnisch-Litauischen Union gegen das Russische Zarenreich und die Tartaren im Südosten der Union

kämpften, weigerte sich Polen-Litauen, den Kosaken mehr Autonomie zu gewähren. Infolgedessen gründeten kosakische Einheiten 1648 ihr eigenes Gemeinwesen – das Hetmanat (auch *Hetmanshchyna*, ukr. *Гетьманщина*) – nach ihrem Aufstand gegen Polen-Litauen unter der Führung von Bohdan Khmelnytskyj.³ Das Hetmanat, welches ähnlich der Kiewer Rus als Vorläufer des modernen ukrainischen Staates betrachtet wird, befand sich in einer militärischen Konfrontation mit den osmanischen Türken, die die Tataren im Süden kontrollierten, mit Polen-Litauen und dem Russischen Zarenreich.

Um ihren Austritt aus der Polnisch-Litauischen Union zu ermöglichen, schloss das Hetmanat 1654 einen Militärpakt mit dem Russischen Zarenreich – das so genannte Abkommen von Perejaslav. Im Jahre 1667 kam es zum Vertrag von Andrusovo zwischen [Polen-Litauen](#) und Russland, der mit einem Waffenstillstand den [Russisch-Polnischen Krieg 1654–1667](#) beendete. Dabei behielten die Kosaken zunächst ihre autonome Stellung im Hetmanat.

3.1.3 Russifizierung und nationale Wiedergeburt

Doch das Abkommen von Perejaslav erwies sich einige Jahre später als verhängnisvolle Weggabelung der ukrainischen Geschichte. Im Jahre 1686 wurde das Metropolitonat (= Bischofsitz) von Kyïv vom Moskauer Patriarchat annektiert. Der mit dem Russischen Zarenreich vertraglich vereinbarte Schutz des Hetmanats gegen Polen-Litauen wurde immer mehr vom Zarenreich instrumentalisiert, um die Kosaken zu unterdrücken und zu russifizieren. Unter Katharina der Großen fiel das Hetmanat unter russische Herrschaft und das Krym-Khanat wurde nach der Eroberung der Schwarzmeerküste und des Asowschen Meeres im Jahre 1783 auch durch Russland annektiert. Im Rahmen der zweiten Teilung Polens ging auch das rechte Ufer des Dnjeprs an Russland, während Galizien, Bukowina, Transkarpatien an das Habsburger Reich gingen.

Während die Ukrainer im Habsburger Reich als eigenständige Ethnie (sog. Rutenen) anerkannt wurden, trieb Russland unter Zar Nikolai I (1825–1855) seine Politik der Zentralisierung und Russifizierung massiv voran. Die südöstliche Ukraine, v. a. der Donbas, wurde zu einer wichtigen Zielscheibe der russischen Industrialisierungspolitik und zog auch zahlreiche westliche Investoren an. Trotz zunehmender Urbanisierung und industrieller Entwicklung in Ballungszentren, v. a. im Südosten, litten andere Teile des Landes massiv unter hohen Steuern und verarmten.

³ Bohdan Khmelnytskyj ist bis heute eine der wichtigsten identitätsstiftenden Figuren in der Ukraine. Hervorzuheben ist nicht nur seine entscheidende Rolle im Abkommen von Perejaslav, sondern auch in der mit dem Kosakenaufstand verbundenen Judenverfolgung mit Tausenden von Toten (siehe Kohut 2003).

Wie nahezu überall in Europa gewann der ukrainische Nationalismus jedoch im 19. Jahrhundert mit der Verbreitung der Werke von Autoren wie Taras Ševčenko und Lesja Ukraïнка im Russischen Reich (und Ivan Franko in Österreich-Ungarn) und vor allem mit der Emanzipationsreform vom Jahre 1861 (ukr. *Селянська реформа*/russ. *Крестьянская реформа*, dt. etwa „Bauernreform“) neuen Auftrieb. Mit der Reform wurde die Leibeigenschaft, wovon nahe die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung betroffen war, im Russischen Reich abgeschafft. Doch die Reform und die durch das alte System verursachte Armut brachten neue Spannungen mit sich.

Aus Furcht vor dem ukrainischen Separatismus schränkte die zaristische Regierung die Nutzung der ukrainischen Sprache im öffentlichen Leben stark ein und intensivierte massiv ihre Russifizierungspolitik.⁴ Doch im Zusammenbruch von sowohl Österreich-Ungarn als auch des Zarenreiches (ab 1917) sahen viele ukrainische Nationalisten ein Gelegenheitsfenster für die Gründung eines ukrainischen Nationalstaates oder einer autonomen ukrainischen Region innerhalb eines reformierten demokratischen Russlands. In diesem turbulenten Zeitraum wurden mindestens fünf unabhängige ukrainische Staaten ausgerufen – die Ukrainische Volksrepublik (1917–1918; 1918–1921), die anarcho-kommunistische *Makhnovščina* in der südöstlichen Ukraine (1917–1921), der Ukrainische Staat (1918; „das zweite Hetmanat“), die Westukrainische Volksrepublik (1918–1919; v. a. in Galizien und der Bukowina) und die Ukrainische Volksrepublik der Sowjets mit Sitz in Charkiv (siehe Milow 2002).

3.1.4 Die Ukraine in der Sowjetunion

Im Jahre 1919 verbanden sich die Westukrainische Volksrepublik und Ukrainische Volksrepublik und erklärten sich zu einem unabhängigen Staat mit Kyïv als Hauptstadt. Es gelang jedoch den Vertretern der unabhängigen Ukraine nicht, internationale Unterstützung zu gewinnen. Stattdessen solidarisierten sich die Alliierten mit der russischen Weißen Armee, die im Russischen Bürgerkrieg gegen die leninistischen Bolschewiken kämpften. Die Karpatoukraine (ukr. *Карпатська Україна/Karpatska Ukraïna*) fiel dabei an die neu gegründete Tschechoslowakei, Galizien an die neue Zweite Polnische Republik.

Die noch nicht als Nation konsolidierte Ukraine geriet schnell in den Sog des Russischen Bürgerkrieges. Kyïv wurde zwischen 1919 und 1920 neunmal erobert und es starben laut Einschätzungen von Andreas Kappeler ca. 1,5 Mio. Menschen auf dem Territorium der Ukraine (Kappeler 2024). In dieser von Chaos und Anarchie geprägten Phase tobten neben ukrainischen Armeen auch russische (d. h. Bol-

⁴Der Emser Erlass (1876) verbot die öffentliche Verwendung des Ukrainischen.

schewiken, Weiße Armee), polnische, französische und anarchistischen Armeen in der Ukraine. Doch die Bolschewiken konnten zunehmend ihre Macht über die Ukraine konsolidieren und riefen Ende 1919 eine Ukrainische Sozialistische Sowjetische Republik (USSR) aus. Die Rote Armee besiegte die verbleibenden ukrainischen Streitkräfte und die Ukrainische SSR (USSR) wurde 1922 zu einer Gründerrepublik der Sowjetunion.

Zwar kam es zunächst zu einer Liberalisierung der Sprachen- und Kulturpolitik in der Ukrainischen SSR innerhalb der Grenzen des Leninismus-Marxismus (sog. „korenisatsja“, russ. *Коренизация*, dt. etwa „Einwurzelung“). Doch die Wirtschaftspolitik wurde hierarchisch von Moskau diktiert. Die einzige zugelassene Partei – die Kommunistische Partei der Ukraine – setzte die kommunistische Neue Ökonomische Politik rigide um. Ukrainische Nationalisten, Intellektuelle und Gegner der sowjetischen Herrschaft sahen sich massiven politischen Repressalien ausgesetzt.

Die Zwischenkriegszeit brachte einen weiteren tragischen Höhepunkt der ukrainischen Geschichte mit sich. Die unter Josef Stalin eingeleitete Politik der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft verwandelte kleinere Bauernhöfe in größere staatlich kontrollierte „Kolchosen“ zur Steigerung der Produktion. Als sich ukrainische Bauern der Kollektivierung widersetzen, reagierte die Sowjetregierung mit brutalen Maßnahmen, darunter der Beschlagnahmung von Grundstücken (sog. Entkulakisierung, ukr. *Розкулачення/rozkuláčennia*), Vieh und Getreide und in häufigen Fällen der Deportierung oder Ermordung von Regime-Gegnern. Die von Moskau zentral gesteuerte Manipulation traditioneller landwirtschaftlicher Praktiken und die staatliche Beschlagnahmung von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Gütern beeinträchtigten die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in der Ukraine und anderen Teilen der Sowjetunion. Infolgedessen starben Millionen von Ukrainern und anderen Sowjetbürgern während des sogenannten *Holodomor* (ukr. *Голодомор*, dt. Tod durch Hunger, v. a. 1932–1933). Auch wenn auf politischer Ebene noch darüber gestritten wird (Portnov 2020), ob es sich beim *Holodomor* um einen Völkermord handelte,⁵ kann mit Sicherheit behauptet werden, dass die Maßnahmen einen gezielten anti-ukrainischen (und anti-kaukasischen und anti-kasachischen) Charakter hatten, der darauf abzielte, die ukrainische nationale Identität (sowie die Identitäten anderer Sowjetvölker) zu schwächen und den politischen Widerstand gegen das Sowjetregime im Keim zu ersticken (Davies 2022b).

⁵Der Deutsche Bundestag (2022) und die Parlamentarische Versammlung des Europarates (2023) haben die Hungersnöte in der Ukraine in den 1930er-Jahren mit Millionen von Toten als Völkermord anerkannt.

Nach dem *Holodomor* setzte sich sowohl der stalinistische als auch nazistische Terror gegen die Ukraine fort. Infolge weiterer stalinistischer Repressalien (v. a. 1936–1938; siehe Boeckh 2007) wurden Tausende Ukrainer und Angehörige anderer Ethnien (z. B. Krymtataren) verhaftet, gefoltert, hingerichtet oder in Arbeitslager (*Gulag*) in weit abgelegene Regionen der Sowjetunion deportiert. Mit dem Angriffskrieg der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion (sog. Operation Barbarossa, ab 1941) wurde die Ukraine zum Opfer der deutschen Lebensraum- und Besatzungspolitik und unzähliger brutaler Gräueltaten. Während etwa fünf Millionen Ukrainer in der Sowjetarmee gegen die Nazis kämpften, sahen einige Ukrainer die Wehrmachtssoldaten zunächst als potenzielle Befreier von der sowjetischen Unterdrückung und kollaborierten zumindest zum Kriegsbeginn mit den Deutschen (z. B. Organisation ukrainischer Nationalisten/ukr. *Організація українських націоналістів*).⁶ Andere lehnten sowohl die sowjetische als auch nazistische Herrschaft ab und bildeten ihre eigenen Untergrundarmeen (z. B. die Ukrainische Aufstandsarmee/ukr. *Українська повстанська армія*). Insbesondere die Stadt Žytomyr steht symbolisch für die deutsche Kolonisierungspolitik in der Ukraine. Als Versuchslabor für Himmlers Umsiedlungspolitik wurde die Bevölkerung der Stadt in einem Ausmaß vernichtet, das in anderen von der Wehrmacht besetzten Gebieten außer Polen nicht erlebt wurde. Zusätzlich zur Liquidierung aller jüdischer Gemeinden der Großstadt befahl Himmler die Reduzierung der ukrainischen Zivilbevölkerung auf ein Minimum (siehe Lower 2016). Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass ein Großteil der „Ostarbeiter“, die nach Deutschland verschleppt wurden, aus der Ukraine stammte.

Insgesamt etwa acht Millionen Bürger der Ukrainischen SSR, darunter ca. 1,5 Mio. Juden, fielen dem deutschen Vernichtungskrieg zum Opfer. Zugleich soll die Deportation der Krymtataren nicht unerwähnt bleiben: Im Jahre 1944 wurden alle Krym-Einwohner tatarischer Herkunft von den sowjetischen Machthabern als angebliche „Landesverräter“ und „antisowjetische Propagandisten“ aus ihrer Heimat in abgelegene Regionen Zentralasiens und Sibirien verschleppt (Savchuk 2020). Doch auch der ukrainische Nationalismus erreichte zwischen 1943 und 1945 einen traurigen Höhepunkt, als Mitglieder der sogenannten „Bandera-Fraktion“ der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufständischen Armee Massaker an bis zu 100.000 Zivilisten (vor allem ethnische Polen, aber auch Juden) verübten (siehe Motyka 2022).

Nach Kriegsende konnte die Ukraine zwar ihre Eigenstaatlichkeit nicht zurückerlangen, wurde jedoch territorial erweitert und institutionell „aufgewertet“. Der

⁶Dieses Phänomen, sich mit „den falschen“ zu verbünden (wie z. B. beim Abkommen von Perejaslav) wird in der Ukraine als „Drama der falschen Koalitionen“ bezeichnet.

östliche Teil der Tschechoslowakei, die sogenannte [Karpatoukraine](#), die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges von Ungarn annektiert worden war, und die im Krieg von Rumänien besetzte Nordbukowina, fielen an die Ukrainische SSR (siehe Shandor 1997). Auch die sogenannte Schlangeninsel wurde 1948 von Rumänien an die Ukrainische SSR abgetreten und die Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Krym wurde im Zuge der Entstalinisierungspolitik per Dekret des [Obersten Sowjets der UdSSR](#) 1954 der Ukrainischen SSR zugeschlagen.⁷ Zudem wurden Änderungen zur Verfassung der Ukrainischen SSR angenommen, die es ihr ermöglichen, als eigenständiges Subjekt des internationalen Rechts zu handeln, z. B. als Mitglied der UNO-Vollversammlung.

Während der sogenannten „Tauwetter-Periode“ (ukr. *відлига/vidlyha*), (rus. *оттепель/otpepel*)⁸ unter Nikita Chruschtschow kam es zur Gewährung von Amnestie für ukrainische Regime-Dissidenten und zur Lockerung von kulturellen Zensurmaßnahmen. In dieser Phase konnten auch viele ethnische Ukrainer hohe politische Posten innerhalb der Kommunistischen Partei und Staatsverwaltung erlangen. Doch diese Politik der partiellen „Re-Ukrainisierung“ wurde unter Breznev abrupt gestoppt, da vonseiten der Sowjetführung aktiv versucht wurde, die heterogenen Nationen und Kulturen der Sowjetunion zu einer einheitlichen Sowjetnation bzw. -nationalität zu verschmelzen. Diese Maßnahmen liefen jedoch de facto auf eine stärkere Russifizierung der Völker der Sowjetrepubliken hinaus, die wiederum der ukrainischen Dissidentenbewegung neuen Auftrieb verlieh. Besonders nennenswert in diesem Zusammenhang sind die sog. „Sechziger“ (ukr. *Шістдесятники*) – eine Gruppe von Künstlern und Intellektuellen, die sich gegen das totalitäre Regime, für künstlerische Freiheit und die Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur einsetzten (Yekelchuk 2015).

Dennoch konnte die ukrainische Dissidentenbewegung erst etwas später als in anderen Sowjetrepubliken (z. B. baltische Staaten, Georgien) richtig Fuß fassen. Denn es bestanden in den letzten drei Jahrzehnten der Sowjetunion enge politische

⁷Die weit verbreitete Darstellung der Krym-Entscheidung als „politisches Geschenk“ ist sehr einseitig. Hinter der Entscheidung standen vor allem pragmatische und ökonomische Gründe: Die Versorgung und der Infrastrukturaufbau auf der Krym war nur vom ukrainischen Festland sinnvoll möglich. Ein Beispiel ist der Nord-Krym-Kanal, der in den 1960ern gebaut wurde und die Landwirtschaft auf der Krym in größerem Stil überhaupt erst ermöglichte.

⁸Das Jahr 1956 kann als offizieller Beginn der Entstalinisierungspolitik angesehen werden, als Nikita Chruschtschow auf dem geheimen 20. Parteitag eine Rede „über den Personenkult und seine Folgen“ hielt. Die offizielle Erklärung für die Übergabe der Halbinsel Krym an die Ukrainische SRS ist der 300. Jahrestag der ukrainisch-russischen Freundschaft, die mit dem Pejaslawischen Rat im Jahr 1654 beginnt.

und persönliche Verflechtungen zwischen Brežnev, seinen Hardliner-Nachfolgern und der Führung der Kommunistischen Partei der Ukraine. Dabei wurde die Politik der Russifizierung von hochrangigen ukrainischen Parteikadern (vor allem aus östlichen Landesteilen) mitgetragen. Zu den besonders prägenden Personen der Ukrainischen SSR gehört Volodymyr Ščerbytskyj, der von 1972 bis 1989 als Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine diente. Als erbitterter Gegner des ukrainischen Nationalismus ging er massiv gegen die ukrainischsprachige Presse sowie wissenschaftliche und kulturelle Organisationen vor und sperrte Regimegegner in psychiatrischen Anstalten ein (siehe Senkus 2007; Nikiktin 2013). Doch Ščerbytskyjs standfestes Eintreten für den Ausbau der Kernkraft wurde ihm mit der Černobyl-Katastrophe zum Verhängnis.⁹ Die politischen Auswirkungen der Katastrophe – verbunden mit der *Glasnost*- und *Perestrojka*-Politik der Moskauer Führung und der desolaten wirtschaftlichen Lage – bereiteten dem Sowjetregime den Todesstoß. Ende der 1980er entstand und erstarkte die „Ruch“-Bewegung (ukr. *Народний Рух України* – dt. Nationale Bewegung der Ukraine), die unter anderem 1990 eine Menschenkette von Lviv nach Kyïv in Gedenken an die erste Unabhängigkeit der Ukraine organisierte (siehe Worschech 2022). Zunächst unterstützte die Bewegung die liberalen Reformen Gorbatschows, verwandelte sich jedoch in eine Unabhängigkeitsbewegung, als der Oberste Sowjet der UdSSR Russisch zur alleinigen Amtssprache der Ukraine erklärte. In Referendum zwei Jahre später stimmten 90,3 % der Ukrainer für die Unabhängigkeit des Landes. Auch in eher russischsprachigen bzw. „russisch geprägten“ Landesteilen sprachen sich große Mehrheiten für die Unabhängigkeit aus (83,9 % in Donetsk, 83,6 % in Luhansk, 57,7 % in Sevastopol, 54,19 % in der Autonomen Republik Krym; und 85 % bis 98 % in allen anderen Regionen).

3.2 Eine beispiellose politische Tragödie

Die obige „Reise“ durch die wichtigsten Etappen der ukrainischen Geschichte soll ein größeres Bewusstsein dafür schaffen, dass der gegenwärtige Angriffskrieg nicht nur das Ergebnis gegenwärtiger imperialistischer Machtambitionen, sondern auch die Fortsetzung einer tragischen Geschichte von Unterdrückung, Gewaltherrschaft und Imperialismus darstellt. Vertreter russischer Narrative und andere so genannte „Friedenaktivisten“ in der deutschsprachigen Medienöffentlichkeit verwei-

⁹Nach der Katastrophe hielt Ščerbytskyj auf Anraten Gorbatschows trotz Strahlengefahr die jährliche Parade zum Internationalen Tag der Arbeit in Kyïv ab, um der Öffentlichkeit zu zeigen, dass es keinen Grund zur Panik gibt.

sen allzu gerne auf die „Vorgeschichte“ des aktuellen Krieges (v. a. die NATO-Osterweiterung als vermeintliche „Provokation“ Russlands), blenden jedoch den oben knapp dargestellten Leidensweg der Ukraine gänzlich aus.

Doch auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive stellt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine ganz besondere Tragödie dar. Denn es gibt berechnete Gründe zur Annahme, dass die Ukraine vor dem Ausbruch des großflächigen Krieges auf gutem Weg war, Offes (1994) „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ zu überwinden. Die enormen Anstrengungen der letzten Jahre vonseiten der Ukraine, ihre vielen postkommunistischen politischen, wirtschaftlichen Krisen und ethnokulturellen Herausforderungen in den Griff zu bekommen, werden trotz massivem Widerstand der ukrainischen Streitkräfte, Staatsführung und Zivilgesellschaft spätestens seit 2022 Stück für Stück vom russischen Staatsterrorismus zunichtegemacht. Im Folgenden werde ich die prägendsten Ereignisse der Geschichte der unabhängigen Ukraine kurz nachzeichnen. Dabei gehe ich bewusst etwas tiefer auf einige Entwicklungen ein, die in westlichen Medien weniger Aufmerksamkeiten erregten (z. B. der Kassetten-Skandal, Oligarchenpolitik) und den in Westeuropa medial und wissenschaftlich bereits stark thematisierten Ereignissen (z. B. Maidan, Krym-Annexion, Donbas-Krieg) aus Platzgründen etwas weniger Aufmerksamkeit widmen.

Die politische Transformation der Ukraine gestaltete sich von Anfang an äußerst schwierig. Dem ersten Staatspräsident Leonid Kravčuk (1991–1994) – einem ehemaligen Kader der kommunistischen Partei – gelang es nicht, wichtige Wirtschaftsreformen (v. a. Privatisierung, Abschaffung von Preiskontrollen) durchzusetzen (siehe Dobbins/Labanino in diesem Band). Diese scheiterten vor allem an hohen Schwellen bei der Wahlbeteiligung zur Besetzung von parlamentarischen Mandaten und der Dominanz von Kommunisten, Sozialisten und Bauernparteien im Parlament (*Verchovna Rada*). Kravčuk baute deshalb die Macht des Präsidenten immer weiter aus, was zulasten der demokratischen Qualität ging.

Der zweite Staatspräsident Leonid Kučma, der sich 1994 mit der Unterstützung der eher russlandfreundlichen Bevölkerung der südlichen und östlichen Ukraine einen überragenden Wahlsieg sicherte, präsentierte sich ähnlich wie sein Vorgänger als „pro-ukrainischer“ Reformier (siehe D’Anieri 2003). Doch auch Kučma kämpfte mit kommunistischen und sozialistischen Mehrheiten im Parlament. Infolgedessen entmachtete er seinen Ministerpräsidenten Vitalij Massol, regierte faktisch durch Dekrete und unterstellte sogar die regionalen Regierungen dem Präsidenten. Kučma brachte auch die nach mehr Autonomie strebende Krym unter präsidentielle Kontrolle, verzichtete jedoch dann später auf Druck der OSZE auf diese Maßnahme.

Die erst 1996 verabschiedete Verfassung verlieh dem direkt gewählten Präsidenten eine starke Stellung. Die im Rahmen des ersten Wahlgesetzes festgeschriebene Mindestwahlbeteiligung führte zu chaotischen Nachwahlen und zur Unterbesetzung der *Verchovna Rada*, was letztendlich ihre legislativen Kapazitäten stark einschränkte. Somit versuchte Kučma seine Privatisierungspolitik per Dekret am Widerstand des Parlaments vorbei durchsetzen. Dabei wurden jedoch Privatisierungsauktionen immer wieder manipuliert (Kusznir und Pleines 2006) und Staatsvermögen zu unlauteren Preisen an ukrainische und russische Oligarchen ausverkauft. Dies schränkte die politische Transformationskapazität des Staates massiv ein: regionale Oligarchen gründeten eigene Parteien, um den Präsidenten zu stützen und klientelistische Wirtschaftsstrukturen (d. h. Subventionen, Monopole, Preiskontrollen, usw.) aufrechtzuerhalten, während die Korruption in allen Lebensbereichen grassierte.

Trotz der von Oligarchen dominierten „Drehtür-Politik“ gelang es Kučma, eine neue Währung einzuführen, große internationale Kredite zu mobilisieren und die Industrieproduktion zu steigern. Ein weiterer wichtiger Meilenstein – der von Kreml-freundlichen „Friedensaktivisten“ gerne ignoriert wird – war der Abschluss eines Freundschaftsvertrags zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation (1997), der explizit die territoriale Integrität beider Länder und die bestehenden Grenzen festschrieb.¹⁰ Insofern konnte die Ukraine im Hinblick auf die kriegerischen Auseinandersetzungen im Kaukasus, dem ehemaligen Jugoslawien und in der Russischen Föderation bis Ende der 1990er-Jahre als Insel der relativen Stabilität gelten.

Kurz vor den Präsidentschaftswahlen 1999 starb Vyačeslav Čornovil – Führungsmitglied der oben erwähnten Sechziger- und *Ruch*-Bewegungen und Kučmas größter demokratisch orientierter Widersacher – bei einem Verkehrsunfall unter bisher nicht geklärten Umständen. Nach Kučmas Wiederwahl (1999) mit einer aus Liberalen, Zentristen und Rechtsparteien bestehenden Mehrheit führte er ein umstrittenes Referendum zur Stärkung des Präsidialamts und Verkleinerung des Parlamentes durch.¹¹

¹⁰Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die am 27. Mai 1997 verabschiedete NATO-Russland-Grundakte, in der sich beide Seiten verpflichteten, die Souveränität aller Staaten zu achten. Ferner erkennt Russland mit der Akte an, dass es kein Vetorecht gegen die NATO-Mitgliedschaft anderer Länder hat.

¹¹Besonders brisant war der Vorschlag, eine zweite parlamentarische Kammer mit Direktwahl der Abgeordneten durch den Präsidenten (!) einzurichten. Trotz hoher Zustimmung wurden die im Referendum vorgesehenen institutionellen Veränderungen für verfassungswidrig erklärt.

Die Komplexität der ukrainischen Politik zwischen Reformeifer, Oligarchismus und kommunistischen Erblasten zugleich zeigt sich eindrücklich am Schicksal von Viktor Juščenko. Der im Jahre 1999 vom Kučma zum Premierminister ernannte ehemalige Präsident der Ukrainischen Nationalbank machte für sich als marktfreundlicher Wirtschaftsreformer einen Namen und setzte während seiner Amtszeit eine ganze Reihe von Liberalisierungs- und Anti-Korruptions-Maßnahmen durch. Seine stellvertretende Ministerpräsidentin Julija Tymošenko wurde jedoch bald in eine Konfrontation mit einflussreichen Größen der Kohle- und Erdgasindustrie verwickelt, die 2001 zu einem Misstrauensvotum des Parlaments führte, das von der Kommunistischen Partei der Ukraine, die Juščenkos Wirtschaftspolitik ablehnte, und von zentristischen Gruppen, die mit mächtigen „Oligarchen“ des Landes verbunden waren, inszeniert wurde. Die Abstimmung fiel mit 263 zu 187 Stimmen aus und führte zu Juščenkos Amtsenthebung. Dabei wird von Kennern der ukrainischen Politik die These vertreten, dass Kučma auch in die Entlassung Juščenkos verwickelt war.

3.2.1 „Kučma-Gate“ und die Orange Revolution als zweiter und dritter Demokratisierungsanlauf

Anfang der 2000er war die ukrainische Politik viel stärker als Putins Russland oder Lukašenos Belarus durch konkurrierende Machtblöcke gekennzeichnet. Die sich aus dem Wettbewerb diverser Oligarchengruppen ergebenden eher pluralistischen Machtstrukturen verhinderten die Entstehung eines vollumfänglichen autoritären Systems („*pluralism by default*“, dt. „Pluralismus als Voreinstellung“; siehe Way 2005, 2021), erwiesen sich jedoch auch als höchst nachteilig für die institutionelle Demokratisierung und wirtschaftliche Modernisierung des Landes. Doch der sogenannte „Kučma-Gate“-Skandal (2000) stellt eine weitere kritische Weggabelung der modernen ukrainischen Geschichte dar, welche markante Anzeichen einer Erstarbung der ukrainischen Zivilgesellschaft erkennen ließ. Der Gründer und Herausgeber der Internetzeitung *Ukrajinska Pravda* – Heorgij Gongadze – veröffentlichte investigative Berichte über vermeintlich korrupte Handlungen des Staatspräsidenten und seine Weggefährten. In einen konfrontativen Austausch direkt mit Kučma prangerte er wiederholt die Korruption und undemokratischen Zustände im Land an. Kurz daraufhin verschwand Gongadze, dessen enthauptete Leiche ca. sechs Wochen später in einem Waldstück nahe Kyiv gefunden wurde. Einige Wochen danach wurden Kassetten mit Aufnahmen von Gesprächen von Kučma gefunden, in denen er die „Liquidierung“ von Gongadze verlangt und davon fabuliert, ihn von tschetschenischen Milizen entführen zu lassen.¹²

¹²Zu den ausführlicheren Hintergründen und Aufklärungsversuchen siehe Melkozerova (2019).

Auch wenn das Beweismaterial nicht zur Verurteilung Kučmas ausreichte, führte „Kučma-Gate“ (auch „Kassetten-Skandal“, ukr. *Касетний скандал*) zum Niedergang der Regierung. Bürgerproteste unter dem Motto „Ukraine ohne Kučma“ (ukr. *Україна без Кучми*) auf dem Kyïver Maidan-Platz dauerten von Dezember 2000 bis März 2001 an und führten nach gewaltsamen Ausschreitungen mit Spezialeinheiten des Innenministeriums („Berkut“) zum Rücktritt einer ganzen Reihe von Regierungsmitgliedern. Auch der zum Zeitpunkt amtierende Innenminister Viktor Juščenko wurde entlassen und schloss sich daraufhin der größten Oppositionspartei „Block **Unsere Ukraine** – Nationale Selbstverteidigung“ an, die schnell stärkste Kraft im Parlament wurde. Als Kučma nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren durfte, schlug er seinen neuen russlandfreundlichen Ministerpräsidenten Viktor Janukovyč vor, der dann bei den Präsidentschaftswahlen 2004 gegen Juščenko antrat.

Als der noch von einer Dioxin-Vergiftung¹³ schwer gezeichnete Juščenko die Stichwahl gegen Janukovyč knapp verliert, wurden Vorwürfe von Wahlfälschung schnell laut. Umfragen der Wahllokale hatten eine klare Mehrheit für Juščenko gemeldet, während Wahlbeobachter Berichte zu Wahlfälschungen vorlegten (z. B. eine Wahlbeteiligung von über 100 % im Donbas). Es brachten dann erneut Massenproteste in der gesamten Ukraine aus – die sogenannte Orange Revolution –, die dem Demokratisierungsprozess in der Ukraine neuen Auftrieb gab. Das Oberste Gericht erklärte die Wahl für ungültig und ordnete Neuwahlen an, bei denen Juščenko als Sieger hervorging.

Dass der Demokratisierungsprozess in der Ukraine – wie auch in vielen anderen postkommunistischen Ländern – eher einer Achterbahnfahrt als einem gradlinigen Pfad ähnelt (siehe Pleines in diesem Band), zeigt sich an den Entwicklungen der nächsten Jahre. Obwohl die ukrainischen Missstände im Zuge der Orangen Revolution der Weltöffentlichkeit immer bewusster worden, brachte sie keine nachhaltige Veränderung der zentralen Parameter der ukrainischen Politik mit sich. Mark Beissinger (2013) zeigt zum Beispiel anhand von Umfragedaten, dass es den „orangenen“ Demonstranten an einem positiven Konsens zur demokratischen Zukunft des Landes fehlte. Mit anderen Worten wussten die Demonstranten, dass das Kučma- bzw. Janukovyč-Regime beendet werden muss, aber es gelang ihnen nicht, konkrete Forderungen zur institutionellen Neuordnung des Landes zu artikulieren. Häufig wird auch die Tatsache vernachlässigt, dass parallel zu den „orangenen“ Protesten auch größere regime-freundliche Proteste (sog. „blaue Koalition“) stattfanden (Beissinger 2013). Somit bröckelten die orangenen und blauen Demonstra-

¹³Zu den neusten Erkenntnissen, siehe <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2024/11/23/7485985/>.

tionen in personenbezogene Wahlblöcke (Juščenko, Janukovyč, Tymošenko, usw.) – mit der Folge von Elitenkontinuität statt einer nachhaltigen Veränderung der Grundmuster der ukrainischen Politik (Stykw 2014).

3.2.2 Rückkehr zum Autoritarismus

Das, was als friedliche Protestbewegung begann und die Ukraine näher an den Westen bringen sollte, verwandelte sich schnell in die Fortsetzung des „Oligarchen-Karussells“. Julija Tymošenko, eine der zentralen Figuren bei den orangenen Protesten, wurde 2005 mit überwältigender parlamentarischer Mehrheit als Premierministerin bestätigt und setzte sich zum Ziel, Unternehmen, die unter Kravčuk und Kučma mit unlauteren Praktiken privatisiert wurden, wieder zu verstaatlichen. Juščenko und Tymošenko hatten jedoch unterschiedliche Vorstellungen darüber, in welcher Geschwindigkeit die Überprüfung und ggf. Rücknahme von Privatisierungen vorangetrieben werden sollte. Während sich Tymošenko als „Sauberfrau“ präsentierte, die mit korrupten Machenschaften der Vergangenheit brechen wollte, warnte Juščenko vor den potenziellen negativen Auswirkungen einer übereifrigen Politik der Wiederverstaatlichung von Unternehmern auf ausländische Investoren. Außerdem prangte der eher westlich orientierte Präsident Viktor Juščenko Tymošenkos Nähe zu Russland an. Schließlich hatte sie als Chefin des EESU-Energiekonzerns durch fragwürdige Gaslieferverträge mit Russland ein Milliardenvermögen angehäuft. Die Geschäfte Tymošenkos in den 1990er-Jahren wurden durch den damaligen Premierminister der Ukraine, Pavlo Lasarenko, der 1998 in Genf wegen Geldwäsche und Veruntreuung verhaftet wurde und 2006 in den USA zu einer Haftstrafe von neun Jahren verurteilt wurde, gedeckt. Gleichzeitig tobte ein öffentlicher Streit zwischen Tymošenko und Petro Porošenko, Leiter des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine und Besitzer der größten Schokoladenfabrik der Ukraine (*Pouen/Roshen*), der zu einer Schlammschlacht gegenseitiger Korruptionsvorwürfe führte (Schwabe 2005).

Nach seiner Entlassung von Tymošenko bereits im September 2005 sah sich Juščenko wegen des Fehlens von Personal zur Unterstützung seiner eher pragmatischen politischen Agenda gezwungen, auf Weggefährten von Kučma zurückzugreifen, die sich ebenso bei damaligen Privatisierungen bereichert haben. Dazu gehörte vor allem der neu ernannte Ministerpräsident Jurij Jechanurov, der die dubiose Privatisierungspolitik der 1990er-Jahre koordinierte. Unterdessen stieg die Beliebtheit Tymošenkos, mit der Folge, dass ihr Wahlblock deutliche Zugewinne bei den nächsten Parlamentswahlen (2006) verzeichnen konnte, während Juščenkos „Unsere Ukraine“ massiv an Unterstützung einbüßte. Das „Karussell“ drehte sich weiter, als eine Neuauflage der „orangenen Koalition“ (d. h. Juščenko als Präsident, Tymošenko als Ministerpräsidentin) am Widerstand in der *Verchova Rada* scheiterte,

und der nicht mal zwei Jahre vorher wegen Wahlfälschung in tiefe Ungnade gefallene Viktor Janukovyč wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Die Rückeroberung der ukrainischen Politik durch Janukovyč und die von ihm geführte Partei der Regionen (ukr. *Партія регіонів*) konnte bereits nach den nächsten Parlamentswahlen im September 2007 gestoppt werden, als Tymošenko erneut ein Wahlbündnis mit dem Juščenko-Lager schmiedete. Doch die nur hauchdünne Mehrheit, die wachsende Popularität der in der süd- und östlichen Ukraine starken Partei der Regionen, die inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Tymošenko und Juščenko sowie der Austritt einiger wichtiger Minister aus der Regierung brachten das Bündnis erneut ins Wanken. Zwar scheiterte ein Misstrauensvotum gegen Tymošenko, aber der Streit zwischen beiden Blöcken, zudem sich auch der „Block Lytvyn“ anschloss, eskalierte, als Tymošenko im Russland-Georgien-Krieg (2008) eine klare anti-russische Positionierung verweigerte und im Gaskonflikt mit Russland im folgenden Winter im Alleingang mit Putin und der EU verhandelte.

Die internationale Finanzkrise traf das Land dann so hart, dass die ehemaligen Erzfeinde Tymošenko und Janukovyč über die Schließung einer großen Koalition verhandelten. Im Drei-Kopf-Rennen um die Präsidentschaft – Tymošenko, Juščenko und Janukovyč – konnte sich Janukovyč mit seiner Partei der Regionen in der Stichwahl klar gegen Tymošenko durchsetzen (zur demokratischen Qualität der Wahl siehe Herron 2011). Somit waren der zweite und der dritte Demokratisierungsanlauf der Ukraine de facto gescheitert.

3.2.3 Der Weg zum Euromaidan

Die Ukraine wirkte in den späten 2010ern für Außenstehende als „*Land of Confusion*“, das von Chaos und internen Machtkämpfen geplagt war und deren politischen Machthaber die Ideale der Orangen Revolution systematisch verraten haben. Dieses Gelegenheitsfenster nutzte Janukovyč zur Re-Konsolidierung autoritärer Strukturen. Durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichts (2010) wurden die Stärkung des Parlamentarismus nach 2004 für verfassungswidrig erklärt und die Befugnisse des Präsidenten erheblich erweitert. Im Jahr 2011 wurden Tymošenko und ihr Innenminister Jurij Lutsenko wegen Machtmissbrauchs angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt, während wichtige Regierungsämter von Mitgliedern von Janukovyčs „Donbas-Clan“ besetzt wurden.

Innenpolitisch bemühte sich Janukovyč die Sprachenfrage zu entpolitisieren, indem er ein neues Gesetz zu regionalen Sprachen vorschlug, die Sprachen (v. a. Russisch), die von mehr als 10 % der Bevölkerung in einer Region¹⁴ gesprochen

¹⁴Nach außen wurde der Anschein geweckt, dass das Gesetz Minderheitssprachen stärken würde. Durch die 10%-Klausel zielte es tatsächlich auf die Stärkung des Russischen ab.

werden, zur zweiten regionalen Amtssprache erhebt.¹⁵ Dabei sollte Ukrainisch alleinige Staatssprache bleiben. Außenpolitisch spielte Janukovyč auch ein doppeltes Spiel, das vorerst den Anschein von Stabilität weckte. Mit Russland schloss er ein Abkommen (sog. Charkiv-Verträge) über die Verlängerung der Nutzung des Hafens von Sevastopol als Stützpunkt für die russische Schwarzmeerflotte, wofür Russland seine Gaspreise für die Ukraine sank. Auf rhetorischer Ebene plädierte er für einen neutralen Status der Ukraine und ein kollektives Sicherheitssystem mit der EU, NATO und Russland. Janukovyč schien sich September 2013 dem Westen anzunähern, als er im Vorfeld der Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union die Freilassung von Lutsenko anordnete. Doch eben dieses bereits seit 2005 verhandelte und 2010 unterschriftsreife Assoziierungsabkommen mit der EU lehnte er selber zwei Monate später ab, nachdem der russische Präsident massiven wirtschaftlichen Druck (v. a. Importsperrn) auf die Ukraine ausübte. Janukovyč führte darüber hinaus die wirtschaftliche Schwäche der Ukraine, deren Abhängigkeit vom russischen Importmarkt, sicherheitspolitische Bedenken sowie den Wunsch, vorerst die eigenen wirtschaftspolitischen Probleme zu lösen, als Gründe heran.

Janukovyčs Weigerung, das bereits ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterschreiben, führten zu den womöglich größten Bürgerprotesten auf dem europäischen Kontinent seit dem Zusammenbruch des Kommunismus. Der „Euromaidan“ – oder Revolution der Würde (ukr. *Революція гідності*) – brachte zwischen November 2013 und Februar 2014 Mio. von Ukrainern mit heterogenen ethnischen, regionalen und sprachlichen Identitäten auf die Straße, denen es immer wieder gelang, sich trotz der gewaltsamen staatlichen Repressalien strategisch neu zu formieren und ihre argumentativen Taktiken anzupassen (Onuch und Sasse 2016). Nennenswert ist vor allem auch der genuin ukrainische „Graswurzel“-Charakter der Proteste: Im Gegensatz zur absurden, aber nach wie vor in manchen dubiosen politischen Kreisen weit verbreiteten Behauptung, es habe sich bei den Maidan-Protesten um einen Putsch vonseiten der USA gehandelt, war der Maidan ein kollektives Begehren bisher eher apolitischer ukrainischer Bürger aus allen Landesteilen und Altersgruppen mit konkreten demokratischen Ambitionen und gemeinsamen Forderungen an die Politik, nämlich die Zerschlagung von korrupten,

¹⁵ Gesetz der Ukraine „Über die Grundsätze der staatlichen Sprachenpolitik“ (ukr. *Про засади державної мовної політики*), auch unter dem Namen seiner Autoren als Kivalov-Kolisnichenko-Gesetz bekannt. Das Sprachengesetz wurde 2018 vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben (siehe Nekoliak in diesem Band).

oligarchischen postsowjetischen Strukturen und eine (west-)europäische Zukunft für die Ukraine (Onuch 2014).¹⁶

Durch ihre bewundernswerte Koordinationsfähigkeit konnten die Demonstranten – im Gegensatz zur Orangen Revolution – verhindern, dass einzelne Politiker bzw. Oligarchen die Proteste für sich bzw. zu ihren eigenen Gunsten vereinnahmen konnten. Somit bietet der Euromaidan – als vierter ukrainischer Demokratisierungsanlauf innerhalb von 25 Jahren – einen faszinierenden Ausgangspunkt für die Forschung zu sozialen Bewegungen und Protesten. Wie Lucan Way es zutreffend formulierte, funktionierte die ukrainische Zivilgesellschaft als „Verkehrspolizist“ (2014), in dem sie die entstehenden Proteste strategisch lenkte und immer wieder neuen Auftrieb verlieh. Somit gelang es ihnen die Ressourcen zu erhalten, die sie brauchten, um zu bestehen und eine politische Wende herbeizuführen: Dieser vierte postsowjetische Demokratisierungsanlauf der Ukraine löste dann eine Reihe von Entwicklungen aus, die an Dramatik kaum zu überbieten sind: die Flucht und Amtsenthebung¹⁷ von Janukovyč nach der Erschießung von Dutzenden von Maidan-Demonstranten, vorgezogene Neuwahlen, der von Russland massiv angeheizte Sezessionskrieg im Donbas und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim, um nur einige zu nennen.

3.2.4 Post-Maidan und die Überwindung des Dilemmas der Gleichzeitigkeit?

Die Anstrengungen der Hunderten von Tausenden von Maidan-Demonstranten und Hunderten von beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen zahlten sich tatsächlich – mit etwas Verzögerung – aus. In den letzten ca. 10 Jahren wurde vor

¹⁶Die Behauptungen vonseiten Russlands und pro-russischen westlichen Akteuren, dass rechtsnationalistische Bewegungen (v. a. *Pravyy Sektor*; dt. „Rechter Sektor“) eine entscheidende Rolle bei den Maidan-Protesten gespielt haben, sind höchst unglaubwürdig. Zwar kam es auf dem Maidan zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen kleineren Paramilitäzen des Rechten Sektors und der Berkut-Sicherheitspolizei. Doch die Ergebnisse der folgenden Parlamentswahlen verdeutlichen den sehr geringen Einfluss dieser Bewegungen in der ukrainischen Politik. Lediglich ein Kandidat des Rechten Sektors erhielt 2014 einen Sitz in der *Verchovna Rada*. Im 2019 gewählten Parlament war die Partei gar nicht mehr vertreten. Die rechtsnationalistische Partei *Svoboda* (dt. Freiheit) erreichte bei denselben Parlamentswahlen in Ivano-Frankivsk – einer Hochburg des ukrainischen Nationalismus – weit unter 10 % (2014: 8,81 %; 2019: 8,39 %) und landesweit nur 4,71 % (2014) bzw. 2,15 % (2019) der Stimmen.

¹⁷Mit der Begründung, dass er nicht mehr in der Lage sei, seine Amtsgeschäfte zu führen (da er sich außer Landes abgesetzt hatte) wurde Janukovyč vom Parlament seines Amtes enthoben. Die von Verschwörungstheoretikern und anderen nicht sachkundigen Personen verbreitete These, dass ein Putsch stattgefunden habe, ist nicht stichhaltig.

allem **ein** Begriff mit den Ländern Mittel- und Osteuropas assoziiert: *democratic backsliding* (Bermeo 2016; Waldner und Lust 2018). Viele Staaten wie Ungarn, Polen oder Georgien, die früher zur „Avant-Garde“ der postkommunistischen Demokratisierung gehörten, erleben eine markante Abnahme demokratischer Qualität (siehe Coppedge et al. 2022), eine neue illiberale „Politik des starken Mannes“ (Sata und Karolewski 2020), die zunehmende Dominanz informeller klientelistischer Netzwerke sowie die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaften (Labanino und Dobbins 2023), während sich Staaten wie Russland oder Belarus zu vollständigen autoritären System entwickelt haben (siehe Pleines in diesem Band).

Die Ukraine konnte dagegen – trotz aller Hindernisse und Schwierigkeiten – eine ganze Reihe von fortschrittlichen politischen und wirtschaftlichen Reformen vorweisen und sich immer mehr westeuropäischen demokratischen Standards angleichen, während sich ihre Nachbarstaaten (mit Ausnahme Moldawiens und Rumäniens) in die entgegengesetzte Richtung bewegten. Doch angesichts der massiven Eskalation militärischer Auseinandersetzungen und der russischen Aggressionen gegen die territoriale Unversehrtheit der Ukraine kamen der neu gewählte Präsident Petro Porošenko und sein Ministerpräsident Arsenij Jatsenjuk zunächst mit ihrer innenpolitischen Reformagenda nur schleppend voran. Fortschritte gab es vor allem bei der territorialen Dezentralisierung (siehe Dobbins in diesem Band). Auch im Bereich der Korruptionsbekämpfung konnte Porošenko – vor allem aufgrund des Drucks der vielen sehr aktiven Antikorruptions-NGOs – einige Erfolge vorweisen wie z. B. die neue Pflicht zur Offenlegung von Vermögen für Mitglieder der *Verchovna Rada*, die Modernisierung des Bankwesens, die Einrichtung neuer Anti-Korruptionsbehörde (siehe Richter in diesem Band) und eines neuen elektronischen Beschaffungssystems für öffentliche Aufträge (siehe Gorchinskaya 2020).¹⁸

Doch Porošenkos Agenda stand im Widerspruch zu seiner Biografie als Eigentümer der größten Schokoladenfabrik des Landes und Milliardär. Zwar hatte sich Porošenko – trotz zahlreicher Korruptionsskandale – in wesentlich geringerem Ausmaß als seine Vorgänger auf Kosten des Staates bereichert, doch langsam setzte sich innerhalb der Bevölkerung die ernüchternde Erkenntnis durch, dass ein Milliardär möglicherweise nicht der ideale Akteur zur Bekämpfung der Korruption sei. Vier Jahre nach der Absetzung von Janukovyč wurden immer noch keine hochrangigen Staatsdiener wegen Korruption verurteilt und seine Schokoladenfabrik Roshen wurde entgegen seinem Versprechen immer noch nicht verkauft. Auch die

¹⁸ Siehe auch zum Thema Korruption: <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/280/der-innere-kampf-korruption-und-korruptionsbekaempfung-als-huerde-und-gradmesser-fuer-den-eu-beitritt-der-ukraine/>.

Einführung eines Spezialgerichts für schwere Fälle von Korruption, das unter Einbezug westlicher Experten entwickelt wurde, kam zunächst auf Druck von Porošenko nicht zustande, sondern erst ganz zum Schluss seiner Amtszeit (Esch 2018). Vor allem wurde Kritik laut, dass sich Porošenko zu sehr auf ethnische und kulturelle Themen (z. B. Ukrainisierung der Medien und Verwaltung, Dekommunisierungsgesetze, usw.)¹⁹ konzentrierte, statt sich um die dringenden wirtschaftlichen Probleme des Landes zu kümmern. Die Überbetonung nationalistischer Themen, aber vor allem auch die anhaltende militärische Krise im Donbas und auf der Krym, verbunden mit gezielter russischer Diffamierungskampagnen sowie einer ganzen Reihe von eigenen Korruptionsskandalen wurden Porošenko zum Verhängnis.

Entgegen den Vermutungen, dass sich bei den Präsidentschaftswahlen 2019 das „Oligarchen-Karussell“ lediglich weiterdrehen würde (etwa mit Tymošenkos Rückkehr), nahm die politische Geschichte der Ukraine mit der Wahl des bisher eher apolitischen Schauspielers und Komikers Volodymyr Zelenskyj eine weitere dramatische Wende. Der von zuhause aus russischsprachige²⁰ politische Außenseiter präsentierte sich als Brückenbauer zwischen östlichen und westlichen Landesteilen und trieb eine aggressive Anti-Korruptions-Agenda voran. Zwar wurden die Verbindungen zwischen Zelenskyj und dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj²¹ immer wieder zum Gegenstand von Kritik. Doch in den ersten Jahren von Zelenskyjs Präsidentschaft wurde eine ganze Reihe von handfesten Reformen von der *Verchovna Rada* verabschiedet, die die häufig im Raum stehenden Vorwürfe einer Theatralisierung (statt Oligarchisierung) der ukrainischen Politik unter Zelenskyj widerlegen. Besonders nennenswert sind ein Gesetz zum Verbot parlamentarischer Immunität sowie ein weiteres Gesetz, das die Bereicherung von Staatsbeamten unter Strafe stellt. Mit dem im Jahre 2023 verabschiedeten Mediengesetz wurde die Dominanz der Oligarchen im Radio und Fernsehen geschwächt. Ein Jahr später wurde per Gesetz ein „Oligarchenregister“ geschaffen, welches es Oligarchen ver-

¹⁹ Sein Wahlkampfslogan war „*Армія, мова, віра*“ (dt. Armee, Sprache, Glaube).

²⁰ Erst seit Ausbruch des vollumfänglichen Krieges spricht Zelenskyj bei öffentlichen Auftritten nahezu ausschließlich ukrainisch.

²¹ Kolomojskyj – ein in der Ukraine geborener israelisch-zypriotischer Geschäftsmann, einer der reichsten Oligarchen der Ukraine und ehemaliger Gouverneur von Dnipopetrovsk – besaß diverse Banken, Chemiewerke, Sportmannschaften, Fluggesellschaften und Medienunternehmen, darunter die 1+1-Media-Gruppe, die die Komödie „*Sluha Narodu*“ (Diener des Volkes) ausstrahlte, in der Volodymyr Zelenskyj die Rolle des ukrainischen Präsidenten spielte. Kolomojskyj war Gegner der russlandfreundlichen Partei der Regionen und baute diverse Privatarmeen, Bataillons und Sicherheitsdienste auf. Er musste sich in mehreren Ländern Strafprozessen wegen Korruption und Geldwäsche unterziehen (siehe Lee 2022).

bietet, sich an der Privatisierung staatlicher Unternehmen und der Finanzierung politischer Wahlkämpfe zu beteiligen (Alekankina 2020). Darüber hinaus trieb Zelenskyj die unter Porošenko initiierte Dezentralisierungsreform stark voran (siehe Dobbins in diesem Band).

Auch der wirtschaftliche Bereich ist von einer hohen Reformdynamik geprägt, die nicht nur auf Liberalisierung, sondern auch auf effektive Marktregulierung im Einklang mit europäischen Standards abzielt. Zu erwähnen sind zum Beispiel Gesetze zur Stärkung der Anti-Monopol-Behörde sowie zum Schutz von Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb und zur Beschleunigung von administrativen Prozeduren für Investoren. Zelenskyj setzte außerdem 2020 eine Bodenreform durch, welche den Kauf und Verkauf von ukrainischem Agrarland (nach einem langjährigen Verbot) wieder ermöglicht. Ferner wurden Gesetze zur Professionalisierung und Erhöhung der Transparenz des Steuersystems sowie wichtige Reformmaßnahmen im Bereich der Bildungs- und Energiepolitik verabschiedet (siehe Dobbins/Labanino; Klein/Murasova; Kostyuchenko/Smolennikov in diesem Band).

Der unter Porošenko initiierte und von Zelenskyj intensiv fortgesetzte Reform- und Modernisierungskurs erntete tatsächlich auch handfeste Früchte: der Einfluss von Oligarchen auf die Politik wurde stark reduziert (siehe Richter in diesem Band). Oder noch genauer: Teile von großen Industrieunternehmen, die sich im Besitz der korruptesten Oligarchen befanden, wurden zur Finanzierung des Krieges vom Staat beschlagnahmt, während andere Oligarchen „gezähmt“ und durch neue Anreize ermutigt wurden, ihr Vermögen in das Gemeinwohl zu investieren. Trotz der Corona-Pandemie und des großflächigen Zermürbungskrieges seit 2022 legt die Ukraine eine bemerkenswerte wirtschaftliche Resilienz an den Tag (Kyiv Independent 2024).

Doch auch das dritte von Offe postulierte postkommunistische Dilemma – nämlich die Konstruktion von Nationalstaaten angesichts ethnischer Fragmentierung – scheint „seinen Schrecken“ langsam verloren zu haben. Eine aktuelle Analyse von Herron und Pelchar (2023) zeigt, dass regionale Unterschiede im Hinblick auf politische Einstellungen und staatliche Prioritäten seit 2014 rasant an Bedeutung verlieren. Mit anderen Worten lässt sich ein stärkeres Bekenntnis zur nationalen Idee und zur ukrainischen Nation in der gesamten Ukraine beobachten.²² Clem et al. (2022) konstatieren der Ukraine zudem zunehmende staatliche Handlungskapazität im Gesundheitsbereich sowie eine Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Bildungsperformanz über die (nicht besetzten) Regionen hinweg.

²²Dazu z. B. Serhii Shapovalov „Shifting social cleavages in Ukraine against the backdrop of full-scale war“ *Ukrainian Analytical Digest* 6.

Kurzum: Der gegenwärtige Krieg richtet sich tragischerweise ausgerechnet gegen einen Staat, der dank massiver eigener Anstrengungen und der Unterstützung des Westens nach vier Demokratisierungsanläufen endlich auf einem guten Weg war, aus dem postkommunistischen Teufelskreis auszubrechen.

4 Empörung – aber auch Hoffnung und Zuversicht

Die Entstehung dieses Buches wurde auch durch eine gewisse Empörung über einige weniger ruhmreiche Entwicklungen in der deutschen Politik und Gesellschaft in den letzten Jahren motiviert. Dazu gehört in erster Linie die Priorisierung des Ausbaus wirtschaftlicher Verbindungen mit Russland (v. a. Nord-Stream II) zu lasten der sich seit 2014 im Hinblick auf demokratische Werte und Normen, staatliche Kapazität und zivilgesellschaftliche Mobilisierung sehr positiv entwickelnden Ukraine. Trotz vehementer Warnungen aus der Ukraine, Polen, dem Baltikum, den USA und anderen Ländern trieb Deutschland (zusammen mit anderen EU-Staaten) die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland stark voran und machte sich, ungeachtet der fortdauernden brutalen russischen Aggressionen gegen die Ukraine seit 2014, von Russland energiepolitisch abhängig. Warnungen aus der Osteuropa-Forschung und Slavistik über die tägliche neofaschistische, antiwestliche und imperialistische Rhetorik in den russischen Medien wurden dabei häufig überhört (siehe z. B. Motyl 2016).

Auch seit den großflächigen militärischen Aggressionen bleibt der deutschsprachige Raum ein „Hotspot“ für die Verbreitung von falschen und/oder sehr einseitigen Narrativen über Russlands Krieg gegen die Ukraine. Facebook, X (Twitter) und diverse „alternative“ Medien bieten eine Plattform für pro-russische Narrative und pseudowissenschaftlichen „Whataboutism“, d. h. die strategische Verlagerung von Diskussionen auf andere Themen, z. B. die amerikanische Außenpolitik, um vom eigentlichen Thema abzulenken, und zwar Russlands andauernden militärischen, wirtschaftlichen und rhetorischen Angriffen auf andere post-sovietische Staaten, die sich in einem fragilen Prozess der Demokratisierung befinden.

Vor allem im deutschsprachigen Raum existiert eine größere Subkultur, die sich als Friedensbewegung tarnt und im großen Stil antiwestliche Narrative und Kreml-freundliche Halbwahrheiten verbreitet. Zudem ist das prorussische Weltbild in der links- und rechtsextremen deutschen Parteienlandschaft (van Hüllen 2016) und in Teilen der SPD noch immer sehr tief verankert. Das offenkundige Ziel Russlands, westliche Gesellschaften zu polarisieren und Demokratien zu destabilisieren, wird also auch ein Stück weit von einheimischen Akteuren flankiert, die politisch

und zum Teil auch finanziell von der Verbreitung von Desinformation profitieren. Verschärft wird dieses Problem durch die frappierende Unterrepräsentation ukrainischer Stimmen im öffentlichen Diskurs und in Talkshows zum Krieg Russlands gegen die Ukraine.²³

Die fehlende gründliche wissenschaftliche Erforschung der Ukraine sowie die fehlende Sensibilität für den historischen Leidensweg der Ukraine hat zu politischen Fehlentscheidungen geführt, deren verheerende Auswirkungen offensichtlich sind. Dennoch hat das Land in einem seit mehr als 10 Jahren andauernden Verteidigungskrieg gegen den imperialistischen Aggressor eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt. Die Ukraine hat dabei nicht nur kulturellen Pluralismus bewahrt, sondern zugleich politische Geschlossenheit demonstriert, um ihre Souveränität zu verteidigen. Vor diesem Hintergrund stellt die äußerst resiliente ukrainische Zivilgesellschaft (siehe Worschech in diesem Band) eine besondere Quelle der Hoffnung und Zuversicht dar. Entgegen der in der Fachliteratur weit verbreiteten These, dass die postkommunistischen Zivilgesellschaften schwach, inkonsequent und passiv seien (Howard 2003), sticht die Ukraine mit einer bemerkenswerten Fähigkeit hervor, Netzwerke zwischen Aktivisten, engagierten Bürgern und der breiteren Gesellschaft aufzubauen und dadurch die Verwurzelung demokratisch-partizipativer Werte voranzutreiben und neues soziales Kapital zu generieren. Von meiner eigenen Forschungsgruppe erhobene Daten legen zum Beispiel dar, dass es seit 2014 in der Ukraine einen regelrechten Boom an humanitären Hilfsorganisationen und Veteranenorganisationen gibt. Unter den über 5000 auf nationaler Ebene agierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen findet sich eine frappierend hohe Zahl von Anti-Korruptions-Organisationen, demokratischen „*watchdogs*“ und Menschenrechtsorganisationen. Besonders auffällig im Falle der Ukraine ist auch die starke Streuung von aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen über alle Landesteile hinweg. Etwas überspitzt formuliert: in Sachen zivilgesellschaftliches Engagement hat sich die Ukraine ein Stück weit zu den neuen „Vereinigten Staaten“ Osteuropas entwickelt, während sich Russland im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Mobilisierung immer mehr Nordkorea angenähert hat. Dabei ist die durch eine hohe Reaktions- und Krisenresistenz geprägte ukrainische Zivilgesellschaft zu einem wichtigen Anker der demokratischen Stabilität, des überregionalen Zusammenhalts und der nationalen Sicherheit geworden.

²³Zur Zusammenstellung von Studiogästen siehe z. B. <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/289/russlands-aggression-gegenueber-der-ukraine-in-den-deutschen-talkshows-2013-2023-eine-empirische-analyse-der-studiogaeste/>.

5 Ziele und Struktur dieses Werkes

Über alle oben dargestellten Stationen der politischen Geschichte der Ukraine kann man zweifelsohne ein ganzes Buch schreiben. Dennoch sind die wichtigsten historischen und politischen Entwicklungen essenziell zum Verständnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Dynamiken. Darauf aufbauend soll dieser Sammelband systematisch die Grundlagen zu Strukturen, Prozessen, Akteuren und Politikfeldern in der unabhängigen Ukraine an sowohl ein wissenschaftliches als auch breiteres Publikum vermitteln und somit als erstes deutschsprachiges Nachschlagewerk zur ukrainischen Politik seit 1991 dienen.

Zwar verfolgen die Autoren kein einheitliches Vorgehen. Dennoch zeichnen sich alle Kapitel durch ihre explizit politik- bzw. sozialwissenschaftliche Ausrichtung aus, indem sie systematisch an bewährte Theorien, Konzepte und Paradigmen der Politikwissenschaft (z. B. Neoinstitutionalismus, Rational-Choice) anknüpfen. Mit anderen Worten sollen die einzelnen Kapitel nicht nur die politischen Entwicklungen der unabhängigen Ukraine beschreiben und interpretieren, sondern auch von einem wissenschaftlichen Erklärungsanspruch begleitet werden.

Es war mir ein wichtiges Anliegen, eine Balance aus sowohl neueren als auch bereits in der politikwissenschaftlichen Osteuropa-Forschung etablierten Autoren herzustellen und möglichst vielen ukrainischen Autoren eine Stimme zu bieten. Dabei versteht sich das Buch auch als Plädoyer für die Dekolonisierung der Osteuropa-Forschung: Viel zu lange wurden in westlichen Hochschulsystemen die Stimmen der Opfer des russischen Imperialismus, die nach Demokratie und Würde strebten, zugunsten der Russland-Forschung überhört.

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass einige dieser Beiträge direkt in der Ukraine unter extrem schwierigen Arbeitsbedingungen entstanden. Bei einigen Autoren waren Warnsirenen, Stromausfälle und massiver psychischer Stress tägliche Begleiter des Schreibprozesses. Auch die an westeuropäischen oder amerikanischen Universitäten arbeitenden ukrainischen Autoren, die zumindest physisch in Sicherheit sind, litten während des Schreibprozesses täglich unter dem psychischen Stress des Krieges und der Ungewissheit über das Schicksal ihrer Familien und eigenen Zukunft. Bei einigen Autoren kamen die schwierigen Arbeitsbedingungen im unterfinanzierten und überregulierten deutschen Hochschulsystem, in dem der Ukraine-Forschung nicht ausreichend Wertschätzung beigemessen wird, hinzu.

5.1 Die nachfolgenden Kapitel im Überblick

Nachdem in diesem Kapitel dargelegt wurde, was die Ukraine als Staat, Gesellschaft und europäisches Nachbarland ausmacht und welche besonderen historischen und politischen Herausforderungen das Land in den letzten ca. 30 Jahren bewältigen musste, adressiert das zweite Kapitel von Fabian Burkhardt und Olga Mashtaler die Entwicklung der Machtverteilung zwischen zentralen politischer Institutionen in der unabhängigen Ukraine. Im Vordergrund der Analyse stehen die Genese und Weiterentwicklung der Verfassung sowie kritische Fragen der Machtverteilung zwischen dem Präsidenten und dem Parlament. Im dritten Kapitel befassen sich Erik Herron und Khrystyna Pelchar sehr detailliert mit der recht unbeständigen Entwicklung des Wahlsystems, das wiederum einen direkten Einfluss nicht nur auf die politische Stoßrichtung des Landes, sondern auch auf das Parteiensystem, zivilgesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten und die demokratische Qualität hat. Diese drei kritischen Dimensionen des demokratischen Entwicklungsprozesses werden in den folgenden drei Kapiteln systematisch unter die Lupe genommen.

Kap. 4 „Das Parteiensystem der Ukraine“ von Jan Matti Dollbaum widmet sich dem umfassenden Wandel des ukrainischen Parteiensystems. Im Vordergrund stehen die Fragen wie und warum patronale Politik (eng. *patronal politics*) die Herausbildung eines Parteiensystems nach westlichem Vorbild verhindert hat und wie die großen historischen Brüche (z. B. Orange Revolution, Euromaidan, der Angriffskrieg) wichtige *cleavages* (d. h. Konfliktlinien) im Parteiensystem geprägt haben. Im fünften Kapitel beleuchtet Susann Worschech systematisch die lange und prägende Protestgeschichte in der kommunistischen und postkommunistischen Ukraine. Sie argumentiert sehr überzeugend, dass die Ukraine das Gegenbeispiel eines im Westen lange geltenden Konsenses darstellt, nämlich, dass Zivilgesellschaften im postsowjetischen Raum generell schwach seien und eine geringe Mobilisierungsfähigkeit aufweisen. Im Kap. 6 „Die Qualität der ukrainischen Demokratie 1991 bis 2023. Institutionen und politische Kultur“ zeigt Heiko Pleines anhand etablierter Indizes und Umfragedaten zur demokratischen Qualität in welchen postkommunistischen Phasen und in welchen Dimensionen der Demokratie (z. B. delegativer Demokratie, demokratischen Einstellungen) Verbesserungen in der Ukraine (auch im Vergleich zu ihren Nachbarländern) stattgefunden haben.

Ausgehend vom *Multiple-Streams-Paradigma* zeigt Lukas Eggert in Kap. 7 „Die europäische Integration der Ukraine – der lange und steinige Weg zum Kandidatenstatus“ anschaulich auf, wie eine Reihe von Faktoren (den sogenannten *Politics-, Policy- und Problem-Strömen*) in den letzten Jahren zusammenwirkten, um die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zu ermöglichen.

Er argumentiert, dass der „Schock des Krieges“ alleine nicht ausreicht, um diesen markanten Politikwandel zu erklären. Das Kap. „[Korruption als System: Die Ukraine im Spannungsfeld zwischen Reformen und Beharrungskräften](#)“ von Michael Martin Richter widmet sich anhand des Konzepts des pfadabhängigen Wandels der Frage, wie die stark verwurzelte Korruption in der Ukraine entstehen konnte und was ihre relative Standhaftigkeit erklärt. Am Ende des Kapitels zieht er eine Erfolgsbilanz der Anti-Korruptionsmaßnahmen der letzten Jahre. Andrii Nekoliak analysiert im anschließenden 9. Kapitel die rechtliche und politische Rolle des ukrainischen Verfassungsgerichts. Dabei geht er systematisch auf das Spannungsverhältnis zwischen der Politisierung des Gerichts und der Glaubwürdigkeit seiner Entscheidungsfindung in machtpolitischen Fragen ein und zeichnet nach, wie es dem Verfassungsgericht bisher gut gelungen ist, eine Welle populistischer angehauchter Gesetzesentwürfe unter den letzten beiden amtierenden Präsidenten einzudämmen.

Im zehnten Kapitel befasst sich Michael Dobbins mit einer weiteren Mammutaufgabe, die die postkommunistische Ukraine bewältigen muss, nämlich der Neuordnung territorialer Strukturen, um ein funktionierendes Gleichgewicht zwischen regionaler Vielfalt und gesamtstaatlicher Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Anhand des von Dardanelli (2019) entwickelten De-/Zentralisierungskontinuums zeigt er, inwieweit sich die neu geschaffenen amalgamierten territorialen Gemeinden (ukr. *об'єднані територіальні громади*) von den bisherigen Regionen (ukr. *області*) im Hinblick auf ihre fiskalische, politische und administrative Autonomie unterscheiden

Die letzten vier Kapitel haben zum Ziel, politikfeldspezifische Entwicklungen in der unabhängigen Ukraine nachzuzeichnen. Oksana Chorna befasst sich ausführlich mit der Frage, wie die ideologische Couleur politischer Regime (d. h. eher autoritär, eher demokratisch) die Stoßrichtung der ukrainischen Sozialpolitik geprägt hat. Anhand von Fallbeispielen zur Renten- und Gesundheitspolitik argumentiert sie, dass ukrainische Regierungen jeglicher ideologischer Ausrichtung sich bemühten, staatliche soziale Verpflichtungen zu reduzieren, wobei demokratisch orientierte Regierungen zumindest mehr Transparenz und Gleichheit im Wohlfahrtssystem förderten. In ihrer Analyse der ukrainischen Energiepolitik (Kap. „[Die Energiepolitik der Ukraine: vom braunen Lobbyismus zum grünen Nachkriegskonjunkturprogramm](#)“) zeichnen Nadiya Kostyuchenko und Denys Smolennikov systematisch nach, wie „braune“ Energielobbys und Wirtschaftsoligarchen die Transformation von der sowjetisch geprägten und auf fossile Energieträger ausgerichteten Energiepolitik verlangsamten und das Land auch anfällig für russische Einflussnahme machten. Die Demokratisierungs-

schübe der letzten Jahre, der EU-Integrationsprozess und nicht zuletzt auch der russische Angriffskrieg bieten jedoch ein neues Gelegenheitsfenster für eine neuere und grünere Ausrichtung der ukrainischen Energiepolitik.

In ihrem Aufsatz zur ukrainischen Bildungspolitik kommen Eduard Klein und Olga Murasova zu einer ähnlichen Schlussfolgerung, nämlich, dass vor allem die Revolution der Würde ein „*window of opportunity*“ für reformorientierte Akteure öffnete und die Konvergenz mit westlichen schul- und hochschulpolitischen Politiken beschleunigte. Sie argumentieren zudem, dass das ukrainische Bildungswesen in Kriegszeiten eine bemerkenswerte Anpassungsfähigkeit und Resilienz an den Tag legt. Im letzten Kapitel führen Michael Dobbins und Rafael Labanino eine quantitative Analyse der wirtschaftlichen Entwicklungen der postkommunistischen Ukraine anhand der Methodik des *Liberalization Database* von Armingeon et al. (2019) durch. Das Kapitel bietet eine systematische Bestandsaufnahme des Ausmaßes der sozioökonomischen Liberalisierung und De-Liberalisierung auf der Grundlage einer quantitativen Gewichtung der Reichweite aller seit 1991 von der *Verchovna Rada* verabschiedeten wirtschaftspolitischen Gesetze.

Schließlich möchte ich anmerken, dass die Autoren dieses Sammelbandes bei ukrainischen Personen- und Ortsnamen möglichst konsequent die wissenschaftliche Transliteration verwenden, z. B. Juščenko. Dies spart Platz und wirkt authentischer als die komplexe deutsche Umschreibung (z. B. Juschtschenko). Auch wenn sich das Buch nicht zuletzt aufgrund der im Abschn. 4 genannten Gründe an ein deutschsprachiges Publikum richtet, möchte ich die Begeisterung für das Erlernen der ukrainischen Sprache wecken. Deshalb finden sich im Text häufig ukrainische Originalbegriffe mit lateinischer Transliteration und ggf. deutscher Übersetzung in Klammern, z. B. Diener des Volkes (ukr. *Слуга народу/Sluha Narodu*). Auch bei Ortsnamen wird die Transliteration aus dem Ukrainischen, z. B. Donbas (ukr. *Донбас*, russ. *Донбасс*), Odesa (ukr. *Одеса*, russ. *Одесса*), Krim (ukr. *Крим*, russ. *Крым*, krymtatarisch *Qırım*) und nicht die im Deutschen gängige Schreibweise verwendet (z. B. Donbass, Odessa, Krim).

Literatur

- Alekanina, K. 2020. Signed by Volodymyr Zelenskyy: Which Reforms Did the President Support. *Vox Ukraine*, 9. Juni 2020. <https://voxukraine.org/en/signed-by-volodymyr-zelenskyy-which-reforms-did-the-president-support> Zugegriffen am 05.10.2024
- Armingeon, K., Baccaro, L., Fill, A., Galindo, J., Heeb, S., & Labanino, R. 2019. *Liberalization Database 1973–2013*. Zurich, Trento, Geneva. Cologne. <https://liberalization.org>
- Åslund, A. 2013. *How Capitalism Was Built The Transformation of Central and Eastern Europe, Russia, the Caucasus, and Central Asia*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Beissinger, M.K. 2013. The Semblance of Democratic Revolution: Coalitions in Ukraine's Orange Revolution. *American Political Science Review* 107(3): 574–592
- Bermeo, N. 2016. On Democratic Backsliding. *Journal of Democracy* 27(1), 5–19.
- Bilaniuk, L. 2023. The Trajectory of Language Laws in Ukraine. Inclusions and Omissions in Naming and Categorization since 1989. *Acta Slavica Iaponica* 43, 4971.
- Boeckh, K. 2007. *Stalinismus in der Ukraine: die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg*. Wiesbaden: Otto Hassarowitz Verlag.
- BPB – Bundeszentrale für politische Bildung. 2015. Geschichte der Ukraine im Überblick. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/info-aktuell/209719/geschichte-der-ukraine-im-ueberblick/> Zugegriffen am 01.10.2024.
- Clem, R. S., Herron, E. S., & Hoheneder, T. J. (2022). Conflict and the changing geography of state capacity: Ukraine since 2013. *Eurasian Geography and Economics*, 65(5), 577–604.
- Coppedge Michael et al. 2022. V-Dem Dataset v12. In: Varieties of Democracy (V-Dem) Project, ed. Gothenburg: Varieties of Democracy Institute, University of Gothenburg.
- D'Anieri, P. 2003. Leonid Kuchma and the Personalization of the Ukrainian Presidency, *Problems of Post-Communism* 50(5): 58–65.
- Dardanelli, P. 2019. Conceptualizing, Measuring, and Theorizing Dynamic De/Centralization in Federations. *Publius: The Journal of Federalism* 49:1–29.
- Davies, F. 2022a. Deutschland, die Ukraine, Russland und das Erbe des deutschen Kolonialismus in Osteuropa. *Ukraine-Analysen* 266.
- Davies, F. 2022b. Holodomor: Stalins Hungersnot und genozidale Gewalt zu Beginn der 1930er Jahre. Podcast an der Universität des Saarlandes. <http://podcast-uni-saarland.de/poll035/> (Zugegriffen am 01.10.2024).
- Dragneva-Levers, R. & Wolczuk, K. 2015. *Ukraine between the EU and Russia*. London: Palgrave.
- Durkot, J. (2003) Ukrainische Wirtschaft: vom Plan zum Clan? Konrad-Adenauer-Stiftung. AS-AI 5/04, S. 29–45. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=e038e771-75f3-bbb4-35af-c64923e3c59a&groupId=252038. (Zugegriffen am 01.10.2024).
- Esch, C. 2018. Der dubiose Petro Incognito, *Spiegel Online* 15.02.2018. <https://www.spiegel.de/spiegel/ukraine-die-dubiose-rolle-von-praesident-petro-poroschenko-a-1193110.html>. (Zugegriffen am 01.10.2024).
- Fedorenko, K, Rybiy, O. und Umland, A. 2016. The Ukrainian Party System before and after the 2013–2014 Euromaidan, *Europe-Asia Studies* 68(4): 609–630.
- Friesen, O. 2015. Die Rumänen und Ungarn der Ukraine – stille Minderheiten? *Ukraine-Analysen* 158
- Gorchinskaya, K. 2020. A brief history of corruption in Ukraine: the Poroshenko Era. Eurasianet. 11. Juni 2020. <https://eurasianet.org/a-brief-history-of-corruption-in-ukraine-the-poroshenko-era>. Zugegriffen am 01.10.2024.
- van Hüllen, R. 2016. Wie viel Putinismus ist in der Linken? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 104. Hanns-Seidel-Stiftung. https://www.hss.de/download/publications/AMZ_104_DDR_06.pdf. (Zugegriffen am 01.10.2024).
- Kamusella, T. 2018. Germanization, Polonization, and Russification in the partitioned lands of Poland-Lithuania. *Nationalities Papers* 41(5): 815–838.
- Kappeler, A. 2019. Die Kiewer Rus: Geteilte Erinnerung in der Ukraine und in Russland. Bundeszentrale für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/>

- 295403/die-kiewer-rus-geteilte-erinnerung-in-der-ukraine-und-in-russland/. (Zugegriffen am 01.10.2024).
- Kohut, Z.E. 2003 The Khmelnytsky Uprising, the Image of Jews, and the Shaping of Ukrainian Historical Memory. *Jewish History* 17: 141–163.
- Kuzio, T. 2001. Transition in post-communist states. Triple or quadruple? *Political Studies* 21(3): 168–177
- Hellman, J. 1998. Winners take all: The politics of partial reform in post-communist transitions, *World Politics* 50(2): 203–234.
- Herron, E.S. (2011) How Viktor Yanukovych Won. Reassessing the Dominant Narratives of Ukraine’s 2010 Presidential Election. *East European Politics and Societies* 25(1): 47–57
- Herron, E, und Pelchar, K. 2023. Undivided Ukraine: Evidence of Rallying Effects and an Emerging National Consensus, *Problems of Post-Communism* 71(4): 283–295.
- Howard, M.M. 2003. *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*. Cambridge. Cambridge University Press.
- Kappeler, A. 2024. *Kleine Geschichte der Ukraine*. München. Beck Verlag.
- Kortukov, D. 2019. The Politics of Electoral Reform in Ukraine, *Problems of Post-Communism*. *Problems of Post-Communism* 67(6): 488–499.
- Kulyk, V. 2016. National Identity in Ukraine: Impact of Euromaidan and the War. *Europe-Asia Studies* 68(4): 588–608.
- Kulyk, V. 2018. Shedding Russianness, recasting Ukrainianness: the post-Euromaidan dynamics of ethnonational identifications in Ukraine, *Post-Soviet Affairs* 34(2–3): 119–138.
- Kusznir, J, und Pleines, H. 2006. Informal Networks in Ukraine’s Privatisation Auctions, in Julia Kusznir *Informal Networks and Corruption in Post-Socialist Societies*. KICES Working Papers. No. 6.
- Kuzio, T. 2002. *Ukraine: State and Nation-Building*. London: Routledge.
- Кузнецова Н. С. 2015. Громадянське суспільство та особисті немайнові права. ПРАВО УКРАЇНИ. Nr. 4.
- Kyiv Independent. 2024. IMF expects Ukrainian economy to grow by 3.2% in 2024, by 6.5% in 2025. 16. April 2024. <https://kyivindependent.com/imf-ukrainian-economy/> (Zugegriffen am 04.10.2024).
- Labanino, R.P., und Dobbins, M. 2023. “Democratic Backsliding and Organized Interests in Central and Eastern Europe – An Introduction”. *Politics and Governance* 11(1): 1–4.
- Lee, A. 2022. 20 Things You Didn’t Know about Ihor Kolomoyskyi. *Money Inc*. 20 Dezember 2022. <https://moneyinc.com/ihor-kolomoyskyi/>. Zugegriffen am 30.09.2024
- Lezina, E., und Ammer, V. 2016. Gemischte Bilanz: Lustration in der Ukraine. *Osteuropa* 66 11/12.
- Lower, W. 2016. *Nazi empire-building and the Holocaust in Ukraine*. Chapel Hill: The University of North Carolina Press.
- Meister, S. 2010. Die Ukraine zwischen Russland und der EU. (DGAP-Standpunkt, 11). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-52857-8> Zugegriffen am 30.09.2024
- Melkozerova, V. 2019. Timeline of the killing of journalist Georgiy Gongadze. Kyiv Post. 16.08.2019. <https://archive.kyivpost.com/ukraine-politics/the-killing-of-journalist-georgiy-gongadze-timeline.html>. Zugegriffen am 30.09.2024
- Moser, M. 2005. Mittelruthenisch (Mittelweißrussisch und Mittelukrainisch): Ein Überblick. In: *Studia Slavica Academiae Scientiarum Hungaricae*. 50 (1-2): 125–142.

- Milow, C. 2002. *Die ukrainische Frage 1917–1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag.
- Motyka, G. 2022. *From the Volhynian Massacre to Operation Vistula. The Polish-Ukrainian Conflict 1943–1947*. Paderborn: Brill Schöningh.
- Motyl, A. 2016. Putin's Russia as a fascist political system. *Communist and post-communist studies* 49(1), 25–36.
- Nikiktin, A. 2013. Владимир Щербицкий: последний украинский секретарь. *Vzglyad Online* 06.12.2013. https://web.archive.org/web/20180421235708/http://vz.ua/publication/21329-vladimir_shcherbitskii_poslednii_ukrainskii_sekretar (Zugegriffen am 30.09.2024)
- Offe, C. 1994. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung, Marktwirtschaft und Territorialpolitik in Osteuropa. – In: Claus Offe (Hrsg.): *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt: Campus, S. 57–80.
- Onuch, O. 2014. The Maidan and Beyond: Who Were the Protesters? *Journal of Democracy* 25(3): 44–51
- Onuch, O., Hale, H. E., und Sasse, G. 2018. Studying identity in Ukraine. *Post-Soviet Affairs* 34(2–3): 79–83.
- Onuch, O., und Hale, H. E. 2018. Capturing ethnicity: the case of Ukraine. *Post-Soviet Affairs*, 34(2–3): 84–106.
- Onuch, O., und Sasse, G. 2016. The Maidan in Movement: Diversity and the Cycles of Protest. *Europe-Asia Studies* 68(4): 556–587.
- Ott, A. 2000. Die Ukraine auf dem Weg zu einer autoritären Präsidialherrschaft? Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
- Pleines, H. 2010. Demokratisierung ohne Demokraten: Die Oligarchen in der ukrainischen Politik. *Osteuropa* 60 (2–4): 123–134.
- Portnov, A. 2020. Der Holodomor als Genozid. *Osteuropa* 1-2/2020: 31–49.
- Riabchuk, M. 2003. Дві України: реальні межі, віртуальні війни. *Kritika*. Київ.
- Rybny, O. 2013. Party System Institutionalization in Ukraine. *Demokratyzatsiya* 21(3): 401–423.
- Sasse, G. 2001. The 'New' Ukraine: A State of Regions, *Regional & Federal Studies* 11(3): 69–100.
- Sata, R. und Karolewski, I.P. 2020. Caesarean politics in Hungary and Poland. *East European Politics* 36(2): 206–225.
- Savchuk, V. 2020. 76 Jahre der Deportation der Krimtataren: Eine neue Runde der Verfolgung und Vertreibung. *Ukraine verstehen* 18. Mai 2020. <https://ukraineverstehen.de/savchuk-75-jahre-deportation-der-krimtataren/> (Zugegriffen am 04.10.2024).
- Schwabe, A. 2005. Die Revolution vergisst ihre Kinder. *Spiegel Online* 09.09.2005. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-die-revolution-vergisst-ihre-kinder-a-373852.html> (Zugegriffen am 04.10.2024).
- Sedelius, T., und Mashtaler, O. 2013. Two decades of semi-presidentialism. issues of intra-executive conflict in Central and Eastern Europe 1991–2011. *East European Politics* 29(3): 109–134.
- Sedelius, T., Mashtaler, O., und Raunio, T. (2024) *Semi-presidentialism and war: executive leadership models in Ukraine during Zelenskyi's presidency* *East European Politics* (online first), 1–26.

- Senkus, R. 2007. Shcherbytsky, Volodymyr. *Internet Encyclopedia of Ukraine*. <https://www.encyclopediaofukraine.com/display.asp?linkpath=pages%5C%5CH%5CShcherbytskyVolodymyr.htm> (Zugegriffen am 04.10.2024).
- Shandor, V. 1997. *Carpatho-Ukraine in the Twentieth Century. A Political and Legal History*. Cambridge: Harvard University Press.
- Shevel, O. 2018. Towards new horizons in the study of identities in Ukraine. *Post-Soviet Affairs*, 34(2–3): 183–185.
- Snyder, T. 2022. We should say it: Russia is fascist. *International New York Times*. May 19, 2022. <https://www.nytimes.com/2022/05/19/opinion/russia-fascism-ukraine-putin.html>
- Stykwow, P. 2014. Innenpolitische Gründe der Ukraine-Krise. *Osteuropa* 64(5): 41–60.
- Waldner, D., und Lust, E. 2018. “Unwelcome change: Coming to terms with democratic backsliding”, *Annual Review of Political Science* 21(1): 93–113.
- Way, L. 2005. Kuchma’s failed authoritarianism. *Journal of Democracy* 16(2): 131–145.
- Way, L. 2014. The maidan and beyond. Civil Society and Democratization. *Journal of Democracy* 25(3): 35–43.
- Way, L.A. 2021. “The party of power”: authoritarian diaspora and pluralism by default in Ukraine. *Democratization* 28(3): 484–501.
- Worschech, S. 2017. New Civic Activism in Ukraine: Building Society from Scratch? *Kyiv-Mohyla Law and Politics Journal* 3(2017): 23–45.
- Worschech, S. 2022. Revolution und Resilienz: Die ukrainische Zivilgesellschaft und das Ende des Post-Sowjetismus, *Leviathan*, 50(4): 501–528.
- Zarembko, K, und Martin, E. 2023. Civil society and sense of community in Ukraine: from dormancy to action, *European Societies* 26(2): 203–229.
- Yekelchyk, S. 2007. *Ukraine: Birth of a Modern Nation*. New York: Oxford Academic.
- Yekelchyk, S. 2015. The early 1960s as a cultural space: a microhistory of Ukraine’s generation of cultural rebels. *Nationalities Papers* 43(1):45–62.
- Zofka, J. 2014. Die Krim nach dem Zerfall der Sowjetunion: Aufstieg und Niedergang der prorussischen Bewegung (1991–1995); zur Vorgeschichte der Krim-Krise. *Russland-Analysen* 277.

Open Access Dieses Kapitel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>) veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Kapitel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

